

## Inhaltsprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung**

11. Sitzung  
11. September 2017

Beginn: 11.08 Uhr  
Schluss: 13.40 Uhr  
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

### Punkt 1 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der  
Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen und der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/0416

**Gesetz über den Beauftragten bzw. die Beauftragte  
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin  
(Berliner Aufarbeitungsbeauftragtengesetz –  
AufarbBG Bln)**

[0089](#)  
InnSichO  
Haupt(f)  
Kult\*

Hierzu:

Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/0416-1  
**Gesetz über den Beauftragten bzw. die Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin (Berliner Aufarbeitungsbeauftragtengesetz – AufarbBG Bln)**

[0089-1](#)  
InnSichO  
Haupt(f)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/0416-2  
**Gesetz über den Beauftragten bzw. die Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin (Berliner Aufarbeitungsbeauftragtengesetz – AufarbBG Bln)**

[0089-2](#)  
InnSichO  
Haupt(f)

**Vorsitzender Peter Trapp** weist darauf hin, dass am 26. Juni 2017 einstimmig im Kulturausschuss beschlossen worden sei, den Gesetzentwurf Drucksache 18/0416 anzunehmen.

**Dr. Clara West** (SPD) macht darauf aufmerksam, dass der Gesetzentwurf noch federführend im Hauptausschuss beraten werde und auch noch eine zweite Lesung im Plenum stattfinde. In diesem Rahmen sei ebenfalls noch die Möglichkeit gegeben, sich mit dem Inhalt auseinanderzusetzen.

Seitdem das Berliner Aufarbeitungsbeauftragtengesetz vor 20 Jahren zum letzten Mal novelliert worden sei, habe sich viel verändert. Da jetzt zudem der derzeitige Beauftragte Martin Gutzeit nach fast 25 Jahren in den Ruhestand gehe, sei der Zeitpunkt gut, das Gesetz erneut auf den Prüfstand zu stellen und an einigen Stellen zu modernisieren. Dieses solle in einem engen Austausch mit Herrn Gutzeit, den Betroffenenverbänden, den Gedenkstätten usw. geschehen.

Fünf Fraktionen des Abgeordnetenhauses hätten sich auf einen gemeinsamen Entwurf verständigen können. Es sei herausgestrichen worden, dass der Landesbeauftragte im Hinblick auf seine inhaltlichen Entscheidungen nicht nur von der Verwaltung, sondern auch vom Parlament unabhängig sei. Durch einen Beirat, wie von der AfD-Fraktion in ihrem Änderungsantrag Drucksache 18/0416-2 gefordert, dem gegenüber der Landesbeauftragte berichtspflichtig wäre und der ein Mitspracherecht hätte, wäre diese Unabhängigkeit nicht gewährleistet.

Eine Präambel, wie von der AfD-Fraktion in der Drucksache 18/0416-1 beantragt, sei bereits im vorliegenden Gesetzentwurf enthalten. Diese sei zudem besser als die von der AfD formulierte.

**Karsten Woldeit** (AfD) erklärt, seine Fraktion halte die Aufarbeitung der SED-Diktatur für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Entsprechend stünde ein Beirat der Unabhängigkeit

des Landesbeauftragten nicht im Wege, sondern wäre ein unterstützendes Gremium. Grundsätzlich stehe die AfD dem Gesetzentwurf positiv gegenüber.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) stellt klar, der Gesetzentwurf werde vom Senat unterstützt.

**Der Ausschuss** beschließt:

- Die Änderungsanträge der AfD-Fraktion Drucksache 18/0416-1 und Drucksache 18/0416-2 werden abgelehnt.
- Dem federführenden Hauptausschuss wird die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 18/0416 empfohlen.

### Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 18/0500

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Haushaltsgesetz 2018/2019 – HG 18/19)**

[0103](#)  
InnSichO  
Haupt(f)

**Hier: Einzelplan 05 Kapitel 0500, 0509, 0531 – 0575 sowie Einzelplan 12 Kapitel 1250 MG 05 – Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport außer Maßnahmen mit Sportbezug**

– Vorabüberweisung –

– Erste Lesung –

### Allgemeine Ausführungen

**Vorsitzender Peter Trapp** weist darauf hin, dass die Generalaussprache erst in der zweiten Lesung stattfinden werde.

Falls der Senat die in der Synopse aufgelisteten Fragen mündlich beantworte, seien sie damit erledigt. Ein schriftlicher Bericht müsse von den Fraktionen rechtzeitig beantragt werden.

**Burkard Dregger** (CDU) bittet um Auskunft, ob das Anhalten eines Titels Voraussetzung für einen Änderungsantrag sei.

**Vorsitzender Peter Trapp** verneint.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) nimmt Stellung, Berlin stehe als wachsende Stadt vor besonderen Herausforderungen. In der öffentlichen Debatte werde immer die Frage gestellt, wie für die erforderliche Infrastruktur gesorgt werde und wie die entsprechenden Vorausset-

zungen für die Sicherheits- und die Rettungskräfte im Land Berlin geschaffen würden, um diese Herausforderungen zu bewältigen.

Im Jahr 2000 hätten sich im Vollzug auf der Straße ca. 18 000 Polizistinnen und Polizisten befunden, im vergangenen Jahr nur noch 16 700. Zudem sei Berlin in diesem Zeitraum um ca. 400 000 Einwohner gewachsen. Die zu geringe Personalausstattung bei der Polizei führe dazu, dass sich zu wenig Polizei auf der Straße befinde und dass die Polizeikräfte eine erhebliche Anzahl von Überstunden leisten müssten, woraus ein hoher Krankheitsstand resultiere. Auch bei der Feuerwehr sei eine deutliche Überlastung zu spüren. Daher sei das zentrale Element des Haushaltsplanentwurfs 2018/2019 ein Stellenaufwuchs bei Polizei und Feuerwehr. Insgesamt habe das Ressort Inneres und Sport 1 239 zusätzliche Stellen zu verzeichnen. Die Polizei erhalte 795 und die Feuerwehr 349 neue Stellen.

Der Aufwuchs bei der Polizei entstehe einerseits durch 211 neue Stellen für dringend notwendige Kriminalexperten – Techniker, Chemiker, Informatiker – für das LKA. Zudem würden sämtliche Auszubildende von der Polizeiakademie und der Hochschule für Wirtschaft und Recht – HWR – mit bestandener Prüfung in den aktiven Polizeidienst übernommen. Dafür seien 584 Stellen notwendig. – Pro Jahr würden 1 200 Polizeianwärterinnen und -anwärter eingestellt. Um noch mehr Polizeianwärterinnen und -anwärter ausbilden zu können, wäre eine neue Polizeiakademie notwendig, deren Aufbau jedoch mehrere Jahre in Anspruch nähme. Die derzeitige Obergrenze solle daher über mehrere Jahre konsequent durchgehalten werden.

Der Stellenaufwuchs bei der Polizei und bei der Feuerwehr gehe auch mit notwendigen Strukturverbesserungen einher, um den Beförderungsstau auflösen zu können. Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Polizei im Bereich A9/A10 und bei der Feuerwehr im Bereich A7 hätten schon 10 bis 15 Jahre auf ihre Beförderung warten müssen, weil der Stellenkegel nicht ausreiche. Deshalb habe der Senat gemeinsam mit der Finanzverwaltung die Vereinbarung getroffen, den Beförderungsstau in Vier-Jahres-Schritten aufzulösen und 1 990 Beförderungsstellen bei der Polizei und 496 Beförderungsstellen bei der Feuerwehr zu schaffen. Die ersten beiden Schritte seien in den Haushalten 2018/2019 abgebildet, die nächsten Schritte erfolgten in den Jahren 2020/2021. Dort würden Beförderungsstufen bei der Polizei in A10, A11, A12 und A13S und bei der Feuerwehr in A7, A9S und A9Z geschaffen, um Beförderungen wieder möglich zu machen. Dann wären knapp 2 000 Beförderungsstellen bei der Polizei und knapp 500 Beförderungsstellen bei der Feuerwehr geschaffen worden, und der Beförderungsstau wäre 2021 aufgelöst.

Es sei auch geplant, die Erschwernis- und Sicherheitszulagen für Polizei und Feuerwehr im Wesentlichen auf Bundesniveau anzuheben. Die Finanzierung sei mit den bereits vorhandenen Personalmitteln möglich.

Im technischen Bereich habe die Polizei einen erheblichen Nachholbedarf an Ausstattung, so etwa an Schusswaffen, Schutzwesten oder Rettungsfahrzeugen. Weiterhin würden 2 000 Tablets für die Polizei angeschafft, davon 1 000 für die Funkstreifen der Polizei, damit die Erstaufnahme von Anzeigen schon direkt vor Ort möglich sei.

Die im Haushaltsplanentwurf für Polizei und Feuerwehr veranschlagten Investitionsmittel seien nicht ausreichend, sie seien im Wesentlichen im SIWANA-Programm abgebildet. Das

betreffe insbesondere die Einsatztrainingszentren und die Schießstände der Polizei. Zu Beginn des Jahres seien noch 11 Schießbahnen des Landes Berlin von 73 in Betrieb gewesen, im Augenblick ca. 35. Zum Ende des Jahres 2018/Anfang 2019 solle die Sanierung abgeschlossen sein.

Für die Sanierung der Dienstgebäude der Freiwilligen Feuerwehr seien im SIWANA-Programm 10 Millionen Euro bereitgestellt.

Zu der Problematik der erkrankten Polizeibeamtinnen und -beamten im Zusammenhang mit den möglichen Belastungen durch die Schießstände: Die Anzahl der Polizistinnen und Polizisten, die sich freiwillig für die Charité-Studie meldeten, reiche noch nicht aus. Voraussichtlich werde es schwierig sein, eine Kausalität zwischen den Erkrankungen und den Ursachen nachzuweisen. Gegenwärtig lägen 93 Dienstunfallanzeigen von 92 Dienstkräften der Polizei vor. Unter den angezeigten Erkrankungen fänden sich zwölf Krebserkrankungen, 18 Fälle von Schwermetallvergiftungen sowie 61 Fälle von Atemwegs- und anderen Beschwerden. Mit den bestehenden Rechtsgrundlagen, der gegenwärtigen Landeshaushaltsordnung und dem Haushalt sei eine einvernehmliche Lösung nicht herzustellen. Im Rahmen der Fürsorgepflicht für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnte sich der Senat aber eine Entschädigung über einen Ausgleichsfonds oder eine Stiftungslösung vorstellen. Ein entsprechender Vorschlag, der dann noch mit dem Parlament zu diskutieren sei, werde schon erarbeitet. Er bitte das Abgeordnetenhaus, hier eine entsprechende rechtliche Grundlage zu schaffen. Es bestehe Zeitdruck, weil im Zusammenhang mit einer Krebserkrankung bereits ein Todesfall zu verzeichnen sei. Eine bürokratische Lösung, die noch über mehrere Jahre geprüft werden müsse, wäre nicht angezeigt.

Abschließend bedanke er sich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Innenverwaltung, der Polizei und der Feuerwehr für die Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfs. Er sei der Meinung, dass man damit den Herausforderungen der wachsenden Stadt Berlin gerecht werde.

**Vorsitzender Peter Trapp** schließt sich dem Dank an. Ebenso begrüße er, dass die Fraktionen ihre Berichtsansträge pünktlich vorgelegt hätten. Auch die Mitarbeiterinnen des Ausschussbüros hätten mit der Erstellung der Synopse hervorragende Arbeit geleistet.

### **Einzelberatung der Kapitel 0500, 0509 und 0531 bis 0575 von Einzelplan 05 sowie von Kapitel 1250 MG 05 von Einzelplan 12**

#### **Übergreifend – „Masterplan Integration und Sicherheit“ –**

##### **Nr. 1, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Bitte nach Kapiteln und Titeln darstellen, wie der „Masterplan Integration und Sicherheit“ im Einzelnen haushaltswirksam wird und welche konkreten Vorhaben geplant sind.

**Frank Zimmermann** (SPD) bittet um einen schriftlichen Bericht.

## **Übergreifend – Allgemein – Bürgerschaftliches Engagement –**

### Nr. 2, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung der Mittel, die im Einzelplan 05 für die Unterstützung von Bürgerschaftlichem Engagement veranschlagt sind.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) gibt an, im Kopfkapitel 0500 seien in Titel 68123 – Ehrungen und Preise – für 2018 und 2019 jeweils 9 000 Euro zur Anerkennung von ehrenamtlichen Verdiensten um die Feuerwehr, den Rettungsdienst und den Zivil- und Katastrophenschutz im Land Berlin eingestellt.

In Titel 54053 – Veranstaltungen – seien einmal 8 500 Euro eingestellt für Veranstaltungen zur Anerkennung von ehrenamtlichen Verdiensten und einmal 16 500 Euro für Veranstaltungen und weitere Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamtes und zur Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung

**Vorsitzender Peter Trapp** erklärt den Berichtsauftrag damit für erledigt.

### **Diverse Kapitel**

#### **Diverse Titel – Investitionsausgaben für bauliche Zwecke –**

### Nr. 3, CDU-Fraktion

Warum werden keine Mittel für Investitionsausgaben für bauliche Zwecke angesetzt? Wie gedenkt der Senat den Investitionsstau abzubauen? Hält der Senat die baulichen Zustände der Gebäude, die der Berliner Polizei zuzuordnen sind, für angemessen und ausreichend? Welche Ausgaben sind langfristig wofür geplant? Inwiefern ist die Instandsetzung einzelner Polizeiwachen geplant (bitte jeweils gesondert darstellen)?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) teilt mit, Investitionsausgaben für bauliche Zwecke würden zentral im Einzelplan 12 und dort im Kapitel 1250 – Hochbau – abgebildet. Für das Innenressort befänden sich dort auf Seite 143 die Maßnahmen für die Berliner Feuerwehr und die zentral verwalteten Sportanlagen – Maßnahmengruppe 05 –.

Die von der Innenverwaltung, der Polizei, der Feuerwehr und dem Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten genutzten Liegenschaften würden im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells von der BIM GmbH angemietet, die auch für die bauliche Instandhaltung verantwortlich sei. – Zu den aktuell geplanten Maßnahmen für die Polizeiliegenschaften werde schriftlich berichtet.

**Burkard Dregger** (CDU bittet darum, in diesem Bericht ebenfalls darzustellen, was hinsichtlich der prekären räumlichen Situation des Staatsschutzes geplant sei.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) bestätigt, dass das Landeskriminalamt weitere Räume benötige. Die Innenverwaltung führe mit der Finanzverwaltung und der BIM bereits Gespräche über Anmietungen und habe auch schon ein Objekt im Blick.

**Benedikt Lux** (GRÜNE): wünscht, dass der Bericht auch auf den Standort Ruppiner Chaussee 268 eingehe, wo die räumliche Situation ebenfalls prekär sei. Dort teile sich die Berliner Polizei das Gelände mit der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie, die auf das Gelände des Flughafens Tegel ziehen solle. In Berlin herrsche ein Mangel an geeigneten Flächen. Er würde es daher begrüßen, wenn die Fraktionen im Abgeordnetenhaus, die sich gegen eine Schließung des Flughafens Tegel einsetzten, ihren Widerstand zugunsten der Polizei und der Feuerwehr und damit der Berliner Sicherheit aufgäben.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) erklärt, man werde versuchen, die Situation auf dem Standort Ruppiner Chaussee – auch mit SIWANA-Mitteln – übergangsweise etwas zu verbessern. Jedoch seien dort die Möglichkeiten aufgrund des Denkmalschutzes der Gebäude begrenzt. Auf längere Sicht werde ein neuer Standort benötigt, geeignete Flächen seien aber rar. Sollte das Gelände des Flughafens Tegel nicht für die Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie zur Verfügung stehen, müsse der Senat sich erneut auf die – relativ aussichtslose – Suche begeben.

**Marcel Luthé** (FDP) weist darauf hin, dass es von Bedeutung sei, dass die Einsatzfahrzeuge von Polizei und Feuerwehr auch schnell zu ihrem jeweiligen Einsatzort gelangen könnten. Es sei aber bekannt, dass schon jetzt viele Fahrzeuge „nicht mehr durchkommen“. Nach der Schließung des Flughafens Tegel werde „sich das vom Status her in etwa verdoppeln“. Insofern sei die Erhaltung des Flughafens Tegel für die Sicherheit der Stadt ganz besonders erforderlich.

**Vorsitzender Peter Trapp** stellt klar, der Ausschuss erwarte den gewünschten Bericht.

## **Diverse Kapitel**

### **Diverse Titel – Polizei und Feuerwehr – Personalausgaben –**

#### Nr. 4, CDU-Fraktion

Hält der Senat angesichts des Stellenplans den Ansatz für Personalausgaben insgesamt für angemessen und ausreichend? Inwiefern sind Mittel zur Anpassung der Besoldung an den Bundesdurchschnitt etatisiert? Ist eine solche Anpassung geplant und wenn ja: wann und in welchem Umfang?

Ist bei vermehrter praxisorientierter Ausbildung die entsprechende Ausstattung der Anwärter mit sachgerechter Schutzausrüstung gewährleistet? Wie sieht das konkret aus?

Ist bei gestiegener Zahl der Bediensteten deren räumliche Unterbringung gewährleistet? Sind Neuanmietungen geplant? Wenn ja: Wo und welche Kosten fallen dafür an? Wo sind diese etatisiert?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0531 - 0559**  
**Diverse Titel**

Nr. 5, CDU-Fraktion

Womit begründet der Senat die vorgenommene Umverteilung der Bediensteten?  
Welcher Sinn und Zweck wird damit betrieben?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Diverse Kapitel**  
**Titel 44100 – Beihilfen für Dienstkräfte –**

Nr. 6, CDU-Fraktion

Wie verhält sich der Ansatz im Verhältnis zur gesamten Personalentwicklung und im Verhältnis zu den einzelnen Dienstkräften? Ist der Ansatz ausreichend?

**Rolf Fischer (SenInnDS)** berichtet, die Ansatzbildung für Beihilfen erfolge auf der Basis der Entwicklung der Vorjahre. Das sei mit der Senatsverwaltung für Finanzen abgestimmt. Die kapitelweise veranschlagten Ansätze im Einzelplan 05 seien auskömmlich ausgestattet. Insgesamt sei im Einzelplan 05 gegenüber 2017 eine Steigerung der Beihilfen von rund 4 Millionen Euro zu verzeichnen. Im Falle von notwendig werdenden Überschreitungen, um Zahlungsverpflichtungen zu realisieren, gelte für Beihilfen die Deckungsfähigkeit mit den gesamten Personalausgaben des Einzelplans 05, sodass hier im Augenblick keine Risiken gesehen würden.

**Vorsitzender Peter Trapp** erklärt, der Berichts Antrag sei damit erledigt.

**Diverse Kapitel**  
**Diverse Titel – Fußfessel –**

Nr. 7, CDU-Fraktion

Wo und in welcher Höhe sind Kosten für die elektronische Aufenthaltsüberwachung („Fußfessel“) etatisiert und was ist von diesen Kosten umfasst? Wie viele Fußfesseln hat das Land Berlin bislang angeschafft, und welche Kosten entstehen dafür jährlich? Welche Beträge wären wo zu etatisieren, um 100 Fußfesseln anzuschaffen und einsetzen zu können (bitte gesondert nach Anschaffungskosten, Kosten für Personal, insbesondere für die Überwachung vor Ort sowie die Leitstelle in Hessen, darstellen)? In welchem Umfang sind der Einsatz und die Anschaffung der Fußfesseln durch den Senat beabsichtigt (bitte die dafür notwendigen Kosten angeben)?

**Vorsitzender Peter Trapp** stellt klar, dass der Ausschuss einen schriftlichen Bericht erwarte.



## **Diverse Kapitel** **Diverse Titel – Videoüberwachung –**

### Nr. 8, CDU-Fraktion

Wo und in welcher Höhe sind Kosten für die Videoüberwachung etatisiert (bitte gesondert nach Anschaffungskosten und Personalkosten darstellen)? In welchem Umfang plant der Senat die Ausweitung der Videoüberwachung (bitte die dafür notwendigen Kosten angeben)?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) teilt mit, dass die Finanzierung aus Mitteln des Präventions- und Sicherheitspaketes des Senates erfolge. Am 9. Januar 2017 sei ein solches Paket in einer Größenordnung von 45 Millionen Euro geschnürt worden, aus dem ein Teil für mobile Videoüberwachung vorgesehen sei. Es sei zunächst ein dreimonatiger Probelauf mit zwei mobilen Videoüberwachungswagen geplant, die bereits erworben seien. Der erste Wagen kostete 61 700 Euro, der zweite 119 000 Euro. Der Testlauf beziehe sich auf die kriminalitätsbelasteten Orte und dort zunächst auf den Alexanderplatz, den Leopoldplatz, das Kottbusser Tor, die Warschauer Brücke und den Hermannplatz. Nach einer Auswertung des Probelaufs werde es Ergebnisse zur endgültigen Beschaffung der Videoübertragungstechnik geben.

Die Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung sei § 24 ASOG. Die Videoüberwachung sei also anlassbezogen. Zwei Anlässe seien denkbar: wenn beispielsweise öffentliche Veranstaltungen an einem kriminalitätsbelasteten Ort stattfänden, bei denen die Polizei mit Straftaten rechne, oder wenn sich mehrere Personen an einem kriminalitätsbelasteten Ort zusammenfänden und die Polizei damit rechne, dass diese entweder Opfer von Straftaten würden oder selbst Straftaten begingen.

Videoüberwacht werde zum anderen temporär, das bedeute, die Videokameras liefen nicht ständig, sondern würden nur für die Zeit eingeschaltet, in der ein Anlass vorliege. Den Anlass lege die Polizei jeweils fest.

Grundsätzlich nicht überwacht würden geschützte Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen. Die Bürgerinnen und Bürger würden auch jeweils deutlich mit Hinweisschildern auf die Videoüberwachung hingewiesen.

Die im Rahmen der Videoüberwachung erhobenen Daten würden gelöscht, sobald sie nicht mehr benötigt würden, im Regelfall nach maximal zwei Monaten.

**Burkard Dregger** (CDU) fragt, ob die Haushaltsmittel für zwei Videokameras ausreichen. – Gehe Herr Senator Geisel davon aus, dass damit die Sicherheitslage an den Kriminalitätsschwerpunkten in Berlin nachhaltig verbessert werde? Wie solle verhindert werden, dass die mobilen Kameras gestohlen würden?

**Frank Zimmermann** (SPD) erklärt, die Zahlen zeigten, dass die Videoüberwachung gezielt an bestimmten Orten ausgebaut werde. Das sei genau die Linie, die notwendig sei, um – flankierend zu mehr Polizeipräsenz auf der Straße – auch Ressourcen für die Strafermittlung zur Verfügung zu stellen. In Ergänzung zu der Rechtsänderung im Bund und dem vorhandenen

Rechtsrahmen in Berlin sei das die geeignete Maßnahme, um auch entsprechend den Wünschen des Bundes mehr in diesem Bereich zu tun.

**Marcel Luthe** (FDP) wendet ein, Grundrechte seien weit auszulegen, Eingriffsrechte eng. Entsprechend stelle § 24 ASOG nach Auffassung seiner Fraktion keine rechtliche Grundlage für die Überwachung einer Ansammlung von Personen dar. Sei eine Initiative geplant, um eine rechtssichere Grundlage zu schaffen, die dafür Sorge, dass die Beweismittel auch verwendet werden könnten?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) antwortet, Videoüberwachung allein könne nicht für mehr Sicherheit sorgen, sondern es komme immer auch auf die Präsenz von Sicherheitskräften an. Es gehe darum, für die kriminalitätsbelasteten Orte individuelle Lösungen zu finden, die den Anforderungen eines jeden Ortes gerecht würden. In der vergangenen Legislaturperiode habe zur Bekämpfung des Drogenhandels mehrfach eine Einsatzhundertschaft den Platz am Kottbusser Tor besetzt. Die Drogendealer hätten dann am U-Bahnhof Schönleinstraße oder am S-Bahnhof Neukölln weitergedeut. Nach dem Einsatz der Hundertschaft seien die Drogendealer wieder zum Kottbusser Tor zurückgekehrt. Das sei also keine Lösung gewesen.

Seit Februar arbeiteten nun zehn Dienstkräfte des Abschnitts 53 außerordentlich erfolgreich vor Ort, indem sie sich auf dem Platz aufhielten und z. B. nach dem Aussprechen von Platzverweisen diese auch durchsetzen könnten, weil ihnen die Protagonisten bekannt seien. Diese Methode habe bei den Gewerbetreibenden und den Anwohnern vom Kottbusser Tor große Resonanz gefunden. Die ursprünglich geplante Lösung, mit einer mobilen Wache am Kottbusser Tor präsent zu sein, werde von ihnen eher abgelehnt. Und auch die Polizei halte die Einsatzgruppe für erfolgreicher als eine mobile Wache, die die Kräfte vor Ort binden würde. Aus diesem Grund werde die Einsatzgruppe am Kottbusser Tor um weitere 20 Dienstkräfte verstärkt.

Hinzu kämen weitere 30 Dienstkräfte auf dem RAW-Gelände und im Görlitzer Park. Auch die Wache auf dem Alexanderplatz solle durch 20 weitere Dienstkräfte verstärkt werden, um die Polizeipräsenz auf dem Platz deutlich zu erhöhen. Um zu testen, ob mobile Videoüberwachung eine sinnvolle Ergänzung wäre, werde an den genannten kriminalitätsbelasteten Orten eine entsprechende Testphase stattfinden, um dann gegebenenfalls mehr Videotechnik anzuschaffen. – Die Haushaltsansätze reichten für mehr Anschaffungen als zwei Videowagen.

Der Senat beabsichtige zwar eine Änderung des ASOG in verschiedenen anderen Punkten, so etwa für die Einführung der Bodycams, im Hinblick auf die demnächst realisierte Videoüberwachung vertrete er jedoch die Auffassung, dass die §§ 24 und 24a ASOG breiter ausgelegt werden könnten, als es bisher der Fall gewesen sei.

Die Frage von **Kurt Wansner** (CDU), ob er am Kottbusser Tor tatsächlich demnächst mit Videoüberwachung rechnen könne, bejaht **Senator Andreas Geisel** (SenInnDS).

**Burkard Dregger** (CDU) erkundigt sich, wie viele Videokameras mit dem Haushaltsansatz finanziert werden könnten und wie viele der Senat an den zehn kriminalitätsbelasteten Orten einzusetzen gedenke. Seine Fraktion wolle verstehen, ob es dem Senat gelingen werde, die seit Jahren kritisierten Kriminalitätshöchststände so nachhaltig zu bekämpfen, wie es im Bereich der BVG unter dem Einsatz von Videotechnik gelinge, oder ob man das Höchstniveau

an Straftaten und das Tiefstniveau an Aufklärung weiterhin akzeptieren wolle, weil der Senat nicht bereit sei, die notwendigen Maßnahmen – Videoüberwachung – so einzusetzen, dass die Kriminalität nachhaltig verhindert bzw. aufgeklärt werden könne. Berlin zeige die schlechteste Aufklärungsquote in Deutschland auf. Nur 42 Prozent der Straftaten würden aufgeklärt, in Bayern hingegen 68 Prozent. Gerade in den Kriminalitätsschwerpunkten sei der Senat nicht bereit, der Polizei die notwendigen Maßnahmen in die Hand zu geben, um das zu ändern.

Zu diesem Zweck müsse der Polizei erstens eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage gegeben und zweitens müssten genügend Mittel etatisiert werden. Aus der Antwort des Innensensors gehe jedoch hervor, dass weder er noch die ihn tragenden Fraktionen bereit dazu seien.

**Vorsitzender Peter Trapp** macht darauf aufmerksam, dass jetzt nur über den Haushalt beraten werde.

**Marcel Luthe** (FDP) meint, die Haushaltsberatungen setzten voraus, dass auch der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit beachtet werde. Zu der Frage, wie wirtschaftlich eine Videoaufzeichnung von Straftaten im Vergleich zum Einsatz von Polizeibeamten sei, habe er bereits im Plenum vorgetragen.

Herr Abg. Dregger habe zu Recht die schwierige Kriminalitätssituation in Berlin angeprangert. Allerdings lägen dazu aktuell nur die Zahlen von 2016 vor, also aus dem Jahr, in dem noch die CDU die Verantwortung für das Innenressort getragen habe. Gerade die Videoaufzeichnung im Bereich der BVG könne nicht als positives Beispiel für die Aufklärung oder die Prävention von Straftaten angeführt werden. Dort würden viele Taschendiebstähle begangen, und die Aufklärungsquote sei hier trotz Videoüberwachung mit 5,2 Prozent extrem niedrig. Er werbe dafür, Mittel für Personal und dessen Ausstattung einzusetzen. Erst wenn dann noch Mittel übrig seien, könne man über solche Experimente nachdenken.

**Frank Zimmermann** (SPD) stellt klar, dass Videoüberwachung neben Personaleinsatz, Polizeipräsenz, richtigen Ermittlungsmethoden und weiteren Maßnahmen ein flankierendes Mittel in der Kriminalitätsbekämpfung sei.

In den Legislaturperioden vor 2011 hätten die Aufklärungsraten kontinuierlich bei 50, 49, oder 48,5 Prozent gelegen. In den Jahren der letzten Legislaturperiode, von 2011 bis 2016, sei die Aufklärungsquote unter CDU-Innensensor Frank Henkel jedes Jahr um einen Schritt zurückgegangen, bis auf zuletzt 43,5 Prozent. Die derzeitige Koalition versuche nun, diese Tendenz umzukehren und die Aufklärungsquote wieder zu erhöhen.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) erklärt, er habe soeben mitgeteilt, dass das Instrument der Videoüberwachung an den kriminalitätsbelasteten Orten in Berlin eingesetzt werden solle. Es solle als ergänzendes Instrument zu mehr Polizeipräsenz – auf die es in der Tat ankomme – dienen. Die Frage, wie viele Kameras zukünftig an den kriminalitätsbelasteten Orten eingesetzt würden, könne er erst beantworten, wenn der Testlauf beendet sei. An unübersichtlichen Orten, wie etwa am Kottbusser Tor, müsse man den Polizeibeamtinnen und -beamten vor Ort überlassen, entsprechende Quoten abzugeben.

In Bezug auf die Aufklärungsquote weise er darauf hin, dass im Moment am Kottbusser Tor durchaus Erfolge verzeichnet würden. Auch die Bekämpfung des Taschendiebstahls am Ale-

xanderplatz sei im Augenblick erfolgreich. Das Niveau der Straftaten sei nach wie vor hoch, die Anzahl jedoch rückläufig.

Hinsichtlich der Kriminalitätszahlen am Alexanderplatz müsse man die Relationen beachten. Zwar habe sich die Kriminalität dort in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt, die Anzahl der Besucher allerdings ebenfalls.

**Burkard Dregger** (CDU) merkt an, ihm werde ein nicht ausreichendes Maß an Selbstkritik unterstellt, um von den Fakten abzulenken. Der Gesetzentwurf, den die CDU-Fraktion im letzten Jahr vorgelegt habe, sei an der SPD-Fraktion gescheitert. Niemand erkläre, dass Videotechnik allein oder Polizeipräsenz allein ausreichend seien. Die notwendigen Mittel, um Kriminalität – und gerade Diebstahlsdelikte – zu bekämpfen, seien Personal und technische Ausstattung. Erforderlich sei ein intelligentes Zusammenspiel von Einsatzkräften und Erkenntnisgewinnung.

Der Probelauf, auf den der Senat bis zum Ende der Legislaturperiode warten wolle, finde in der BVG seit 2011 statt. Ein weiterer Probelauf sei nicht mehr notwendig. Die BVG habe alle Daten und Zahlen veröffentlicht.

Er stelle fest, dass der Haushaltsplan nicht für eine nennenswerte Zahl von Videoüberwachungsgeräten Vorsorge getroffen habe. Seine Fraktion kündige daher einen entsprechenden Änderungsantrag an.

**Karsten Woldeit** (AfD) hebt noch einmal hervor, dass nur ein Ensemble verschiedener Sicherheitsmaßnahmen dazu führen könne, dass der Faktor der inneren Sicherheit wieder auf ein normales Maß gebracht werde. Dazu gehöre auch die Öffentlichkeitsfahndung, ein Instrument, das keiner finanziellen Mittel bedürfe.

Im Übrigen hätten in der letzten Legislaturperiode SPD und CDU gemeinsam die Verantwortung getragen, denn Frank Henkel sei zwar ein CDU-Innensenator gewesen, der Regierende Bürgermeister jedoch von der SPD.

## **Diverse Kapitel**

### **Diverse Titel – Observation –**

#### Nr. 9, CDU-Fraktion

Wo und in welcher Höhe sind Personalkosten für die Observation von Personen etatisiert? Wie viele Gefährder werden aktuell in Berlin gezählt und wie viele von diesen Gefährdern gelten als hochgradig gefährdet in dem Sinne, dass die Begehung einer Straftat unmittelbar bevorsteht? Hält der Senat die Anzahl der für Observationen zur Verfügung stehenden Bediensteten für ausreichend? Ist eine Erhöhung der Anzahl geplant und, wenn ja: in welchem Umfang?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Diverse Kapitel**  
**Diverse Titel – „Anti-Terror-Maßnahmen“ –**

Nr. 10, CDU-Fraktion

Was plant der Senat, um die Bevölkerung vor terroristischen Anschlägen zu beschützen? Was wird aktuell diesbezüglich unternommen? Wo und in welcher Höhe sind in diesem Zusammenhang Mittel etatisiert? Plant der Senat, die Polizei diesbezüglich besser auszustatten und, wenn ja, wie? Ist geplant, ballistische Schutzhelme und -westen anzuschaffen? Wenn ja: Wie viele und wo sind die Mittel in welcher Höhe etatisiert? In welchem Umfang ist geplant, die Bewaffnung der Polizei der gestiegenen Terrorgefahr anzupassen, und wo sind die diesbezüglichen Mittel etatisiert?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Diverse Kapitel – (Polizei und Feuerwehr) –**  
**Diverse Titel – Erschwerniszulage –**

Nr. 11, CDU-Fraktion

Wo und in welcher Höhe sind Mittel zur Umsetzung der Erschwerniszulagenverordnung etatisiert? Inwiefern plant der Senat eine Anpassung der Erschwerniszulagenverordnung nach oben und wenn ja: Wann soll dies wie umgesetzt werden? Sind diesbezüglich Beträge etatisiert? Wenn nein: warum nicht?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) teilt mit, dass es geplant sei, die Zulagen im Wesentlichen an den Bund-Länder-Durchschnitt anzupassen. Für einzelne Gruppen solle das differenziert gehandhabt werden. Das gelte auch für die Erschwerniszulage. Aktuell würden die rechtlichen Grundlagen vorbereitet, die noch mit der federführenden Senatsverwaltung für Finanzen abgestimmt werden müssten. Die Finanzierung erfolge aus den vorhandenen Personalausgabenansätzen, die dafür ausreichend Spielraum böten.

**Burkard Dregger** (CDU) wünscht eine schriftliche Darstellung.

**Vorsitzender Peter Trapp** bittet darum, dem Ausschuss zur zweiten Lesung auch die Verordnung vorzulegen.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) entgegnet, falls die Verordnung zur zweiten Lesung fertiggestellt sei, werde sie zur Verfügung gestellt.

**Diverse Kapitel**  
**Diverse Titel – Extremismusprävention –**

Nr. 12, CDU-Fraktion

Wo und in welcher Höhe sind Mittel zur Extremismusprävention etatisiert (bitte jeweils gesondert nach Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus/Salafismus, Antisemitismus u. a. darstellen)? Welche konkreten Maßnahmen sind jeweils geplant, und welche Beträge sind jeweils etatisiert?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Diverse Titel – Abschiebungen –**

Nr. 13, CDU-Fraktion

Wo und in welcher Höhe sind Kosten für Abschiebungen etatisiert? Wo und in welcher Höhe sind Kosten für den Abschiebegewahrsam etatisiert? Welche Maßnahmen plant der Senat diesbezüglich, und welche Beträge sind dafür zu veranschlagen? Wo und in welcher Höhe sind Mittel für den Abschiebegewahrsam etatisiert?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Diverse Titel – Schießstände, Schießprüfungen –**

Nr. 14, CDU-Fraktion

In welcher Höhe sind die nachzuholenden Schießprüfungen wo zu etatisieren, die infolge der Sperrung der Schießstände nachzuholen sind? Welche Kosten entstehen bei nicht rechtzeitiger Nachholung der Prüfungen, und wer trägt diese?

Wo und in welcher Höhe sind Schadenersatzforderungen etatisiert, die auf Gesundheitsschädigungen infolge der fehlerhaften Funktion der Schießstände zurückzuführen sind, etatisiert?

Wo und in welcher Höhe sind Kosten für die Renovierung/Sanierung/Instandsetzung oder Instandhaltung der Schießstände etatisiert?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Diverse Titel – „Taser-Testlauf“ –**

Nr. 15, CDU-Fraktion

Wo und in welcher Höher sind Kosten für den sog. Taser-Testlauf etatisiert? Wie viele sog. Taser sind bereits angeschafft? Gibt es bereits erste Erfahrungsberichte?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** erklärt, Die Berliner Polizei habe am 6. Februar 2017 als erstes Bundesland auf den Abschnitten 32 in Mitte und 53 in Kreuzberg einen dreijährigen Probelauf zum Einsatz dieses Gerätes im täglichen Dienst gestartet. Für den Probelauf seien

25 Distanzelektroimpulsgeräte Taser X2 der Firma Axon angeschafft worden, 20 für die Dienstkräfte des Funkwageneinsatzdienstes und fünf für die Aus- und Fortbildung. Das Investitionsvolumen für den Probelauf des Distanzelektroimpulsgerätes im täglichen Dienst betrage bislang 66 291 Euro. Weitere Kosten entstünden für den Testlauf nicht. Die laufenden Kosten seien als gering einzuschätzen. – Die Mittel seien in Titel 81279 in Kapitel 0531 im Haushaltsplan 2017 etatisiert.

Bisher seien vier bis fünf Einsätze mit diesen Geräten zu verzeichnen gewesen. Die jeweilige Androhung des Einsatzes habe immer ausgereicht.

**Benedikt Lux** (GRÜNE) kritisiert, dass die CDU-Fraktion als größte Oppositionsfraktion die Möglichkeit habe, 13 allgemeine Fragen vor der Behandlung der konkreten Kapitel und Titel zu stellen und in diesem Rahmen Fragen nach Titeln zu stellen, die – siehe die Fragen Nr. 12 zur Extremismusprävention und Nr. 14 zu den Schießständen – ganz leicht im Haushaltsplan zu finden seien. Und die Art und Weise, wie die CDU die Debatte zur Videoüberwachung geführt habe, „reißt die Haushaltsdebatte nach unten“. Er fordere die CDU auf, zu einer sachlichen Debatte zurückzukehren.

**Marc Vallendar** (AfD) weist auf ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages hin, nach dem Elektroimpulsgeräte nicht unter den Begriff der dienstlich zugelassenen Schusswaffen im Sinne des § 2 Abs. 4 UZwG gefasst werden könnten und einer Rechtsgrundlage bedürften. Könnten die Kosten nicht eingespart werden, wenn noch keine Rechtsgrundlage geschaffen sei? Werde der Senat die Schaffung einer Rechtsgrundlage unterstützen oder sich weiterhin im rechtlichen Graubereich bewegen?

**Polizeipräsident Klaus Kandt** antwortet, das SEK Berlin setze den Taser bereits seit 15 Jahren ein. Der Probelauf sei nur eine Erweiterung auf einen größeren Personenkreis. Der Taser sei als Schusswaffe eingestuft, insofern griffen auch die entsprechenden Regularien. Eine neue Regelung wäre erforderlich, wenn der Taser als Hilfsmittel oder einfache Waffe eingestuft werden würde. Er plädiere für solch eine Herunterstufung. Der Taser sei ein sehr gutes Einsatzmittel, das Gewalt verhindern könne. Im Probelauf habe allein die Androhung schon ausgereicht.

## **Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Politisch-Administrativer Bereich und Service –**

### **Titel 11152 – Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften –**

#### Nr. 16, CDU-Fraktion

Genauere Erläuterungen der genannten, nicht planbaren Einnahmen aus den zentralen Zuständigkeiten nach dem Glücksspielstaatsvertrag erbeten.

**Rolf Fischer** (SenInnDS) erklärt, mit dem Glücksspielstaatsvertrag würden zentrale Zuständigkeiten für länderübergreifende Aufgaben im Glücksspielrecht geregelt, wie zum Beispiel Sportstättenkonzessionen, Soziallotterien oder Werbeerlaubnisse. Die Länder Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hamburg nähmen das wahr. Entsprechend würden die Personal- und Sachkosten, die für diese Aufgaben entstünden, berechnet

und – je nachdem, ob eine Über- oder Unterdeckung entstehe – nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt. Da die Zeitpunkte der Rechnungslegung unterschiedlich seien, könnten immer nur Annahmen und Schätzungen vorgenommen werden.

Ab 1. Januar 2018 sei es geplant, den Staatsvertrag zu ändern, sodass vom Land Nordrhein-Westfalen Aufgaben auf das Land Sachsen-Anhalt übergingen. Da die Anlaufkosten noch nicht bekannt seien, habe man in diesem Haushaltsplanentwurf zunächst Annahmen vorgenommen.

**Vorsitzender Peter Trapp** erklärt den Berichtsauftrag für erledigt.

### **Titel 26101 – Ersatz von Verwaltungsausgaben (Kirchensteuer) –**

#### Nr. 17, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie ist der Stand der Verhandlungen? Ist bekannt, wie die Situation in anderen Bundesländern ist?

**Rolf Fischer** (SenInnDS) teilt mit, es gebe keine Verwaltungsvereinbarungen anderer Bundesländer mit den Kirchen. – Die Verhandlungen seien deshalb notwendig, weil die Übermittlung der Meldedaten an die Kirchen vom Bundesgesetzgeber durch das am 1. November 2015 in Kraft getretene Bundesmeldegesetz auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt worden sei. In Berlin sei die Datenübermittlung im Juli 2016 mit dem Berliner Ausführungsgesetz zum Bundesmeldegesetz neu geregelt worden. Danach gehe es jetzt darum, mit den Kirchen gemeinsam sowohl die Kirchensteuermerkmale als auch die Meldedaten im Meldeverkehr zu analysieren und daraus dann neue Vereinbarungen hinsichtlich der Kosten zu treffen. Die Verhandlungen dazu liefen. Ein Ergebnis liege derzeit noch nicht vor.

**Niklas Schrader** (LINKE) entgegnet, auch in den Beratungen zum letzten Doppelhaushalt habe es geheißen, man verhandle mit den Kirchen, sei aber noch nicht zum Abschluss gekommen. Aus welchem Grund dauerten die Verhandlungen so lange? Wann könne mit dem Abschluss der Verhandlungen gerechnet werden?

**Rolf Fischer** (SenInnDS) antwortet, die kalkulatorischen Grundlagen hätten sich verändert. Beide Seiten müssten die Kosten abschätzen. – Die Antwort auf die zweite Frage müsse er schuldig bleiben.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) ergänzt, aufgrund der teilweise angespannten Personalsituation habe diese Angelegenheit im Augenblick keine Priorität.

**Vorsitzender Peter Trapp** erklärt den Berichtsauftrag für erledigt.

### **Titel 35917 – Entnahme aus der Rücklage für den Digitalfunk –**

#### Nr. 18, CDU-Fraktion

Womit ist der reduzierte Ansatz der Einnahmen zu begründen?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.



**Kapitel 0500, 0509-0512, 0520, 0531, 0533-0538, 0541, 0543, 0552, 0553, 0559, 0561-0566 und 0571-0575**

**Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**

Nr. 19, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte die Entwicklung der Personal- und Besoldungsstruktur darstellen.
2. Wie wird die Sichtbarkeit der Polizei in der Fläche gewährleistet? Inwiefern hat sich die Bildung einer Direktion Einsatz bewährt? Was sind die Vor- und Nachteile, worauf ist in Zukunft zu achten?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0500**

**Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**

Nr. 20, CDU-Fraktion

Begründung der Erhöhung des Ansatzes bei insgesamt vorgenommener Stellenreduzierung erbeten.

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 42221 (neu) – Bezüge der Anwärter/innen**

Nr. 21, CDU-Fraktion

Bitte um Erläuterung des Ansatzes, der Erhöhung des Ansatzes in 2019 sowie Angabe des Einsatzgebietes der Anwärter.

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0500 – kapitelübergreifend –**

**Titel 42260, 42760 und 42860 – Wissenstransfer, div. –**

Nr. 22, CDU-Fraktion

Bitte um Erläuterung des Ansatzes.  
Wie soll der Wissenstransfer gewährleistet werden?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Kapitel 0500**

### **Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –**

#### Nr. 23, CDU-Fraktion

Warum und in welchem Bereich werden Stellen gekürzt? Wie wird diese Kürzung kompensiert? Wie werden die frei gewordenen Mittel eingesetzt? Bitte um Erläuterung der Anzahl der Neueinstellungen – keine Übereinstimmung mit Stellenplan

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

### **Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –**

#### Nr. 24, CDU-Fraktion

Warum und in welchem Bereich werden Stellen gekürzt? Wie wird diese Kürzung kompensiert? Wie werden die frei gewordenen Mittel eingesetzt? Bitte um Erläuterung der Anzahl der Neueinstellungen – keine Übereinstimmung mit Stellenplan

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Kapitel 0500 – div. –**

### **Titel 44379 – Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte –**

#### Nr. 25, CDU-Fraktion

Womit ist die Erhöhung des Ansatzes im Vergleich zum IST aus 2016 und dem Ansatz aus 2017 zu begründen? Welche Fürsorgeleistungen sind konkret geplant?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** schlägt vor, einen zusammenfassenden Bericht „Personal“ vorzulegen.

### **51101 – Geschäftsbedarf –**

#### Nr. 26, CDU-Fraktion

Welcher Anteil an den Kosten entfällt auf die Beschaffung von Papier? Wie verhält sich dieser Kostenanteil in Bezug auf die fortschreitende Digitalisierung?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** gibt Auskunft, für die Beschaffung von Papier seien ca. 20 000 Euro kalkuliert. – Zur zweiten Frage: Solange nicht klar ist, wann, wo und wie die elektronischen Akten verfügbar seien, werde als Back-up gern auf Papier zurückgegriffen. Insofern sei man noch nicht in dem Stadium, dass Papierkosten eingespart werden

könnten. Mehr als um die Kosten gehe es aber darum, Prozesse zu beschleunigen und den Zugriff zu vereinfachen.

**Vorsitzender Peter Trapp** erklärt den Berichtsauftrag für erledigt.

## **Kapitel 0500**

### **Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –**

#### Nr. 27, CDU-Fraktion

An welchem Standort sind welche Anschaffungen geplant?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) teilt mit, am Standort Klosterstraße 47 würden Arbeitsplätze für neue Dienstkräfte ausgestattet, Arbeitsschutzmaßnahmen durchgeführt und Sitzungsräume ertüchtigt. Darüber hinaus werde an demselben Standort die Lagezentrale für zwölf Arbeitsplätze im Dauerbetrieb umgerüstet und ausgestattet, weil dort eine ständige Präsenz vorgehalten werden solle.

**Vorsitzender Peter Trapp** hält fest, dazu gebe es keine weiteren Fragen.

### **Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –**

#### Nr. 28, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte erläutern, inwiefern eine geschlechtergerechte Einstellungspolitik verfolgt wird.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) berichtet, die in diesem Titel veranschlagten Ausgaben würden ausschließlich für die Gewinnung von Nachwuchskräften verwendet. – Die Einstellungsverfahren würden geschlechtergerecht betrieben. In Hinblick auf Frauenförderung im öffentlichen Dienst des Landes Berlin sei auch festzustellen, dass der Anteil der weiblichen Auszubildenden und beamteten Nachwuchskräfte überwiege.

Im Bereich der Nachwuchsgewinnung werde es zunehmend schwerer, den steigenden Bedarf an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern zu decken. Deshalb sei man auf eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit angewiesen. Man befinde sich hier in Konkurrenz mit anderen Behörden, insbesondere mit denen des Bundes. Insofern komme der Öffentlichkeitsarbeit wie auch der Berücksichtigung von Genderaspekten in diesem Bereich eine besondere Bedeutung zu.

**Benedikt Lux** (GRÜNE) merkt an, auf Seite 20 des Haushaltsplanentwurfes stehe in den Angaben zum Gender Budget, dass der Ausgleich der geschlechterspezifischen Unterrepräsentanzen „gegenüber dem aktuell weitreichenden Personalmangel nachrangig“ sei. Diese Aussage sei in einem rot-rot-grünen Haushaltsplanentwurf nicht akzeptabel. Daher sei er Herrn Staatssekretär Gaebler für dessen Klarstellung dankbar. Er bitte um eine schriftliche Darstellung.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) erklärt, die Formulierung im Haushaltsplanentwurf sei unglücklich. Die Aussage sei anders gemeint gewesen.

**Vorsitzender Peter Trapp** stellt klar, der Ausschuss erwarte den gewünschten schriftlichen Bericht.

#### **Titel 54003 (neu) – Geschäftsprozessoptimierung –**

##### Nr. 29, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen sind hier vorgesehen? Bitte den Titel erläutern.

##### Nr. 30, CDU-Fraktion

Bitte um Erläuterung der neu eingeführten Position sowie deren Ansatz und ihrer Mittelverwendung.

**Rolf Fischer** (SenInnDS) teilt mit, für die Durchführung der Geschäftsprozessuntersuchungen, die zur Umsetzung des E-Government-Gesetzes vorzunehmen seien, und für interne Prozesse seien Ansätze im Einzelplan 05 insgesamt für den gesamten Geschäftsbereich in Höhe von 2,4 Millionen Euro veranschlagt worden. Ziel sei, die Prüfung von Verfahren und Prozessen vor der Überführung in die Digitalisierung geschäftsmäßig abzubilden und so zu verhindern, dass nicht Prozesse digitalisiert würden, deren verfahrensmäßige Effizienz nicht nachzuvollziehen sei.

Im ersten Halbjahr 2017 würden zunächst in allen Dienststellen des Ressorts – das betreffe die Innenverwaltung, die Polizei, die Feuerwehr und das LABO – Projekt- und Arbeitsstrukturen geschaffen, um die Erhebung „Durchführung der Geschäftsprozesse und Digitalisierungsvorhaben“ strukturiert organisieren zu können. Danach würden diejenigen Geschäftsprozesse ausgewählt und dokumentiert, die in der Fachverantwortung in Umsetzung des E-Government-Gesetzes mit konkreten Maßnahmen weiterbetrieben würden. Man werde erst Ende des Jahres 2017 konkret sagen können, welche Prozesse es im Einzelnen seien. Insofern seien hier erst einmal eine Annahme getroffen worden, die sich insbesondere darauf richteten, dass hier eine Unterstützung insbesondere durch Externe benötigt werde. Deswegen nutze man auch das ITDZ. Die Annahme sei im Übrigen schon im Aufstellungsrundschreiben von der Finanzverwaltung für alle Ressorts ein bisschen standardisiert worden, um allen Häusern eine haushaltsmäßige Vorsorge zu ermöglichen.

**Vorsitzender Peter Trapp** erklärt die Berichtsaufträge Nr. 29 und Nr. 30 damit für erledigt.

#### **Titel 54051 – Prävention im Bereich der Inneren Sicherheit –**

##### Nr. 31, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte hier kapitelübergreifend die haushaltstechnische Abbildung der Gesamtkonzeption für die Prävention im Bereich der Inneren Sicherheit darstellen (z.B. bei der Weiterbildung der Polizei – 0531/42701 – und dem Einsatz von Seniorberatern – 0543/67101 – etc.).

2. Für was sollen die Mittelsteigerungen verwendet werden (genaue Aufschlüsselung)?
3. Inwieweit sind in diesem Titel auch Mittel für LSBTIQ\*-Projekte bzw. für Unterstützungs-, Beratungs- oder Akzeptanzarbeit sexueller Vielfalt vorgesehen? Falls ja, für welche konkreten Vorhaben, mit welchen Ansätzen für 2018/2019 (sowie IST 2016/Ansatz 2017)? Von welchen Zuwendungsempfänger\*innen bzw. Leistungserbringer\*innen werden hier Dienstleistungen erbracht?

Nr. 32, CDU-Fraktion

Wie soll die Intensivierung des Landesprogramms erfolgen? Welche konkreten Maßnahmen sind geplant? Gegen welche Art der Radikalisierung richtet sich das Programm?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 63107 – Ersatz von Ausgaben an dem Bund –**

Nr. 33, CDU-Fraktion

Bitte um Begründung der Erhöhung des Ansatzes, insbesondere im Vergleich zum Ansatz in 2017.

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** teilt mit, für die Haushaltsjahre 2016/2017 hätten für die Reintegration kosovarischer Staatsangehöriger in ihrem Heimatland keine Haushaltsmittel eingeplant werden können, da über eine Teilnahme Berlins an dem Bund-Länder-Projekt „URRA2“ erst kurz vor Abschluss des Doppelhaushalts 2016/2017 entschieden worden sei. 2016 sei deshalb der Titel im Rahmen überplanmäßiger Ausgaben mit 31 000 Euro verstärkt worden, und auch für 2017 sei eine Verstärkung des Titels im Umfang von rund 35 000 Euro vorgesehen.

Für die Teilnahme an dem Projekt in den Jahren 2018 und 2019 seien die Mittel nunmehr planmäßig im Haushalt abgebildet. Der Aufwuchs der Mittel im Vergleich zum Jahr 2017 habe mehrere Ursachen. Die erste Ursache seien die höheren Kosten, die aus der aus rechtlichen und organisatorischen Gründen erforderlichen Beauftragung der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit für die Projektausführung resultierten. Die zweite Ursache sei die Umstrukturierung der Projektfinanzierung. Statt der bisherigen Umlagenfinanzierung der Gesamtkosten des Projektes nach dem Königsteiner Schlüssel würden seit 2017 die Kosten für den Betrieb des Rückkehrzentrums vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übernommen. Dafür trügen die Länder die Förderkosten für die zurückkehrenden Personen.

**Vorsitzender Peter Trapp** stellt fest, dass der Berichts Antrag damit erledigt sei.

### **Titel 67112 – Ersatz von Personalaufwendungen –**

#### Nr. 34, FDP-Fraktion

Warum wurde der Ansatz für Personalaufwendungen dergestalt heruntergesetzt (von IST 2016 447 771,05 EUR auf 1 000 EUR)?

**Rolf Fischer** (SenInnDS) erklärt, hier handele es sich um einen Merksatz. Das ITDZ stelle – wie andere Behörden auch – jedes Jahr Ausbildungsplätze zur Verfügung, deren Finanzierung im Rahmen eines solidarischen Ausgleichs aus landesweit nicht verausgabten Ausbildungsmitteln erfolge. Der Titel werde im Rahmen der Haushaltswirtschaft nach Rechnungslegung durch das ITDZ aus den landesweit nicht verausgabten Ausbildungsmitteln verstärkt. Das sei das übliche Verfahren.

**Vorsitzender Peter Trapp** erklärt den Berichtsauftrag für erledigt.

### **Titel 68558 – Zuschüsse für Projekte der Landeskommission Berlin gegen Gewalt –**

#### Nr. 35, CDU-Fraktion

Welche konkreten Maßnahmen sind geplant? Wer führt diese durch? Gegen welche Art der Radikalisierung richtet sich das Programm?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

### **Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –**

#### Nr. 36, CDU-Fraktion

Bitte um Angabe der Kosten, die für die geplante mobile Beratung entstehen

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) führt auf, pro Jahr würden Leasingkosten in Höhe von 9 000 Euro und Betriebskosten für das Fahrzeug in Höhe von 996 Euro berücksichtigt. Der auf die mobile Beratung entfallende Personalkostenanteil könne nicht gesondert aufgeschlüsselt werden.

**Vorsitzender Peter Trapp** erklärt den Berichtsauftrag für erledigt.

### **MG 32**

### **Titel 51185 (neu) – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –**

#### Nr. 37, CDU-Fraktion

Bitte um Erläuterung der neu eingeführten Position. Welche Mittel sollen wofür ausgegeben werden.

Erbitte Sachstandsbericht zum Katastrophenschutzportal DiDaKat-Leistung.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) berichtet, mit Senatsbeschluss vom 2. August 2016 sei festgelegt worden, dass das Datensystem „Digitale Daten im Katastrophenschutz“ –

DiDaKat – von allen Katastrophenschutzbehörden im Land Berlin verbindlich zu nutzen sei und die Verfahrensverantwortung auf die Senatsverwaltung für Inneres und Sport übergehe. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe sei jeweils ein Teilansatz in Höhe von 201 000 Euro für 2018 und in Höhe von 227 000 Euro für 2019 vorgesehen.

Durch die verbindliche Ausweitung auf alle Katastrophenschutzbehörden des Landes Berlin entstehe Veränderungsbedarf hinsichtlich der Nutzungsmöglichkeiten. Dazu gehöre unter anderem die Implementierung neuer Module und die Weiterentwicklung des DiDaKat-Mobilformats für die Nutzung von mobilen Endgeräten.

Die Kosten für den Pflege- und Wartungsvertrag einschließlich einer regelmäßigen Aktualisierung bestehender Module stiegen vertragsgemäß, allerdings moderat. Auch bei einer Neuausschreibung der Datenhaltung für das Portal sei von einer moderaten Preissteigerung auszugehen.

Aktuell würden die neu hinzukommenden Nutzerinnen und Nutzer der Katastrophenschutzbehörden geschult, und das System werde für den neuen Nutzerkreis und die Nutzung als umfangreichstes Datenportal für die Gefahrenabwehr fortentwickelt.

### **MG 32**

#### **Titel 81230 (neu) – Weiterentwicklung Ordnungsamt-Online**

##### Nr. 38, CDU-Fraktion

Erbitte Sachstandsbericht zur Onlineplattform „Ordnungsamt-Online“

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) erklärt, die Onlineplattform „Ordnungsamt-Online“ sei eine außerordentlich erfolgreiche und von den Bürgerinnen und Bürgern gern genutzte Onlineplattform. Das IT-Verfahren sei in elf Bezirken im Einsatz. Nur das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf habe sich noch nicht zu einer Teilnahme entschließen können.

Im Jahr 2016 seien ca. 125 000 Meldungen über das System bearbeitet worden. Im Jahr 2017 würden hochgerechnet bis zu 180 000 Meldungen erwartet. Circa 70 Prozent dieser Meldungen würden über die mobile Webseite oder die App an die Ordnungsämter übermittelt. Das System werde ständig fortentwickelt. Im nächsten Schritt würden dann weitere bezirkliche Fachämter, beispielsweise die Straßen- und Grünflächenämter der Bezirke, direkt in die „Ordnungsamt-Online“-Prozesse einbezogen. Der Senat gehe von einer Realisierung im ersten Halbjahr 2018 aus.

### **MG 32**

#### **Titel 81240– Weiterentwicklung der Reform des Personenstandswesens –**

##### Nr. 39, CDU-Fraktion

Womit wird der Ansatz im Vergleich zum IST in 2016 begründet? Welche Maßnahmen sind konkret geplant?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) teilt mit, die Mittel seien für die Digitalisierung der Geburtenbücher der Jahrgänge 1990 bis 2008 – ProPstand II – veranschlagt. Das Projekt habe in seiner ursprünglichen Planung vorgesehen, das europaweite Vergabeverfahren

für die Migrationssoftware im Jahr 2016 abzuschließen und die Realisierung der anschließenden Implementierungsarbeiten weitreichend umsetzen zu können. Der Ansatz 2016 sei jedoch nicht vollständig ausgeschöpft worden, weil das Vergabeverfahren aufgrund von zwingend notwendigen Vorarbeiten, unter anderem der Fertigstellung der extern beauftragten Feinspezifikation, erst im November 2016 habe gestartet werden können.

Im Juni 2017 sei es erfolgreich abgeschlossen worden. Neben der Softwarerealisierung werde in diesem Jahr noch der laufende Betrieb der Migrationssoftware beim ITDZ Berlin beauftragt sowie das Scannen von Teilen des Bestandes der Geburteneinträge. In der 11. Hauptausschusssitzung vom 6. September 2017 sei dazu ein Bericht – rote Nr. 0479 – zur Kenntnis genommen worden.

In den Jahren 2018 und 2019 würden die Prüfungen und die Abnahme der Software, das Scannen der Geburtenbücher, die Schulungen des Personals und die Arbeiten im Rahmen der Überführung der Daten in allen 13 Berliner Standesämtern durchgeführt. Hierfür fielen fortlaufend Kosten an. Nach der bisherigen Planung werde das Projekt voraussichtlich Mitte des Jahres 2020 beendet werden können.

**Kapitel 0500**

**MG 32**

**Titel 81250 (neu), 81251 (neu) – 2. Ausbaustufe Digitalfunk –**

**Kapitel 0531, 0565**

**Titel 51920 (neu) – Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT –**

Nr. 40, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte die geplante Ausbaustufe Digitalfunk umfassend und behördenübergreifend erläutern.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0500**

**MG 32**

**Titel 81205 (neu) und 81251 (neu) – 2. Ausbaustufe Digitalfunk: Digitalfunk/Landesertüchtigung –**

Nr. 41, CDU-Fraktion

Bitte um Erläuterung der neu eingeführten Position und ihrer Mittelverwendung  
Erbitte Sachstandsbericht zur 1. Ausbaustufe

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.



## **MG 32**

### **Titel 81250 (neu) – 2. Ausbaustufe Digitalfunk –**

#### Nr. 42, FDP-Fraktion

Wie sind der Stand des Digitalfunks in Berlin (Herausforderungen/Probleme) und die Perspektiven für den Regelbetrieb? Bestehen weitere Mehrbedarfe, um einen störungsfreien Betrieb sicherzustellen? Wenn ja, welche und mit welchen finanziellen Ansätzen?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

### **Kapitel 0531, 0533-0538, 0541, 0543, 0565, 0572-0574**

#### **Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder –**

#### Nr. 43, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Das Ist weicht über längere Zeit vom Ansatz ab, bitte erläutern.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

### **Kapitel 0531-0552 – Auflösung des Kapitels „Der Polizeipräsident in Berlin – Zentraler Service“ –**

#### Nr. 44, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Für die Vergleichbarkeit der Haushaltsperioden bitte darstellen, welche Titel des Kapitels 0553 in welcher Höhe jeweils in welchen Titeln des aktuellen Haushaltsplans enthalten sind. (Wie das Ergebnis der Strukturreform dargestellt ist.)

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

### **Kapitel 0531**

#### **Titel 11909 (neu) – Verwertungen –**

#### Nr. 45, CDU-Fraktion

Bitte um Begründung, warum das IST aus 2016 nicht repräsentativ ist. Womit ist das hohe IST in 2016 zu begründen?

#### **Titel 11934 (neu) – Rückzahlungen überzahlter Beträge –**

#### Nr. 46, CDU-Fraktion

Bitte um Begründung, warum das IST aus 2016 nicht repräsentativ ist. Womit ist das hohe IST in 2016 zu begründen?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) teilt mit, bei den Einnahmen aus der Versteigerung und Verwertung von Geräten, sonstigen Gegenständen und Fahrzeugen handele es

sich um nicht steuerbare Einnahmen, weil zum Zeitpunkt der Planung noch nicht genau abzusehen sei, wie viele Geräte veräußert würden und welche Preise hierfür erzielt werden könnten. Die Einnahmen in den Jahren 2013 bis 2015 hätten durchschnittlich bei 133 000 Euro gelegen und bildeten die Grundlage für die Ansatzbildung. Im Haushaltsjahr 2016 sei eine nicht repräsentativ hohe Anzahl an höherwertigen Fahrzeugen verwertet. Insofern gehe der Senat davon aus, dass in den nächsten Jahren keine Einnahmen in dieser Höhe erzielt werden könnten.

**Titel 23101 (neu) und 23103 – Ersatz von Personalausgaben durch den Bund bzw. die Länder bei Abordnungen und Versetzungen –**

Nr. 47, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Darstellung des Ist über die letzten fünf Jahre, da in der Regel seit 2014 vom Ansatz abweichende Ergebnisse erzielt werden.

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 23103 – Ersatz von Personalausgaben durch den Bund bei Abordnungen und Versetzungen –**

Nr. 48, CDU-Fraktion

Womit begründet sich die fehlende Anpassung des Ansatzes verglichen mit dem IST aus 2016?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** erklärt, die Einnahmen würden seit dem Jahr 2017 für die Kräfte der Direktion Einsatz im Kapitel 0541 nachgewiesen. Das erfasse nahezu alle Erstattungsfälle, sodass eine Anpassung an die Ist-Einnahmen hier nicht angezeigt sei.

**Kapitel 0531-0552**

**Titel 42201, 42801, 42811 und 42221 – Bezüge und Entgelte –**

Nr. 49, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie sollen die nicht besetzten und die zusätzlichen Stellen besetzt werden? Sind ausreichend geeignete Bewerber\*innen vorhanden? Falls nicht, wie plant der Senat hier Änderungen, und welche Maßnahmen sollen konkret ergriffen werden? Wo werden diese im Haushalt dargestellt?
2. Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, damit die Polizei Berlin ein attraktiverer, insbesondere familienfreundlicherer Arbeitgeber wird? Wie sollen bestehende Überstunden (Mehrarbeitszeiten) abgebaut und neue verhindert werden? Welche konkreten Maßnahmen sind vorgesehen, und wo sind diese im Haushalt dargestellt?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Kapitel 0531-0559**

### **Titel 42201 – Personalausgaben – Bezüge d. planmäßigen Beamtinnen u. Beamten –**

#### Nr. 50, CDU-Fraktion

Womit ist die vorgenommene Umschichtung begründet? Wie viele Stellen fallen dadurch insgesamt weg, und wie viele werden dadurch insgesamt tatsächlich neu geschaffen?

Womit begründet sich die überwiegende Stellenreduzierung in 2018 bei Stellenschaffung in 2019?

In welchen konkreten Einsatzbereichen entfallen Stellen, und in welchen werden neue geschaffen?

In welchem Verhältnis stehen Pensionierungen zum Wegfall bzw. zur Schaffung von Stellen?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

### **Titel 42801 – Personalausgaben – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –**

#### Nr. 51, CDU-Fraktion

Womit ist die vorgenommene Umschichtung begründet? Wie viele Stellen fallen dadurch insgesamt weg, und wie viele werden dadurch insgesamt tatsächlich neu geschaffen?

In welchen konkreten Einsatzbereichen entfallen Stellen, und in welchen werden neue geschaffen?

In welchem Verhältnis steht der Eintritt in den Ruhestand zum Wegfall bzw. zur Schaffung von Stellen?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Kapitel 0531**

### **Titel 42811 (neu) – Personalausgaben – Entgelte der nicht planmäßigen Tarifbeschäftigten (Ersatzkräfte) –**

#### Nr. 52, CDU-Fraktion

Womit begründet sich die Streichung von Ersatzkräften?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 44379 – Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte –**

Nr. 53, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sind die Mittel auskömmlich, um die wahrscheinlich von den Zuständen an den Schießständen erkrankten Polizisten zu entschädigen?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) weist darauf hin, dass er zu diesem Thema bereits mündlich Auskunft erteilt habe.

**Titel 44379 – Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte –**

Nr. 54, CDU-Fraktion

Wie viele besondere Einsätze sind in den Jahren 2018/2019 geplant?

Wie viele Strafverfahren gegen wie viele Bedienstete wurden in 2016 geführt, und wie viele sind in 2017 bislang anhängig? Wie viele Verfahren betreffen dabei Bedienstete, die anlässlich des G-20-Gipfels in Hamburg tätig waren?

Was ist/welche Maßnahmen sind unter dem Punkt „Arbeitsschutz und -sicherheit zentral“ konkret etatisiert?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 51101 – Geschäftsbedarf –**

Nr. 55, CDU-Fraktion

Wie verhält sich der erhöhte Ansatz der Postgebühren der Bußgeldstelle im Vergleich zu der geringeren Einnahmeerwartung in Titel 11201?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0531 bis 0543**

**Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –**

Nr. 56, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte die geplanten Beschaffungen für den Punkt „Waffen und Einsatzgeräte, ballistische Schutzwesten und Zusatzausstattung“ genauer aufschlüsseln. Dabei bitte u. a. angeben, zu welchem Zeitpunkt für wie viele zusätzliche Anwärter welche Beschaffungen geplant sind. Welche Beschaffungen aus den Anti-Terror-Paketen sind bereits angeschafft?

**Staatssekretär Gaebler** (SenInnDS) berichtet, Anfang 2017 habe der Senat mit SIWANA III auch ein Sicherheitspaket für Polizei und Feuerwehr in Höhe von 40,4 Millionen Euro geschnürt. Die Auslieferung der Schutzausstattung und technischen Ausrüstung habe bereits begonnen. Es gehe dabei um

- 6 300 ballistische Schutzwesten – Auslieferung in Teilmengen ab September 2017 bis April 2018;
- Erhöhung der Schutzklasse für vorhandene Schutzausstattung: 6 600 Westen – Auslieferung in Teilmengen ab November 2017;
- 12 000 Dienstpistolen sowie Waffen für das LKA – Beginn der Auslieferung noch in diesem Jahr;
- Fahrzeuge: 1 sondergeschütztes Fahrzeug und 5 mobile Wachen – Auslieferung Sommer 2018.

Die bauliche Sicherung von Polizeiliegenschaften sei ebenfalls enthalten.

Dass die Lieferung teilweise erst im Jahr 2018 erfolge, liege nicht an säumigen Bestellvorgängen, sondern vor allen Dingen an den Lieferkapazitäten der Hersteller.

**Benedikt Lux** (GRÜNE) weist darauf hin, dass sich diese Frage mit der Frage Nr. 10 der CDU-Fraktion decke, die die CDU vor der Behandlung der einzelnen Kapitel gestellt habe. Hier wäre die richtige Stelle für die Frage Nr. 10 gewesen.

Er bitte um einen schriftlichen Bericht, in dem konkret aufgelistet werde, welche Ausrüstungsgegenstände bereits eingetroffen seien und welche noch ausgeliefert würden. Er würde gern den Vorwurf in der öffentlichen Darstellung nachvollziehen können, dass das Land Berlin für bestimmte Beschaffungen viel Zeit benötige.

**Karsten Woldeit** (AfD) erkundigt sich, ob die geschützten Sonderfahrzeuge, die im Haushaltsplanentwurf 2018/2019 nicht veranschlagt seien, bereits in einem vergangenen Haushalt etatisiert worden seien.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) antwortet, die Fahrzeuge seien nur im SI-WANA-Programm etatisiert.

### **Kapitel 0531**

#### **Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –**

#### **Diverse Kapitel**

#### **Diverse Titel – Sicherheitspaket 1 –**

#### **MG 32**

#### **Titel 81256 (neu) – Geräte und Sondertechnik –**

#### Nr. 57, CDU-Fraktion

Welche Beträge wurden über das Sicherheitspaket 1 (bitte insgesamt zu allen Kapiteln und Titeln im EPl. 05 jeweils gesondert angeben) zur Verfügung gestellt, und wofür wurden diese Beträge konkret verwendet?

Wie verteilt sich die Verwendung des etatisierten Betrages für Waffen, Einsatzgeräte, ballistische Schutzwesten und Zusatzausstattung auf die genannten Positionen und auf die einzelnen Direktionen? Wie viele Waffen, Schutzwesten und welche sonstigen Schutzausrüstungen werden wann für wen angeschafft?

Was fällt unter die Position Sondertechnik?

Bitte um Erläuterung des Ansatzes und der Abgrenzung der Titel zueinander.

**Vorsitzender Peter Trapp** bittet darum, den Bericht zu der Nr. 57 mit dem Bericht zu der Nr. 56 zusammenzufassen.

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt den gewünschten Bericht zu.

### **Kapitel 0531**

#### **Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –**

##### Nr. 58, AfD-Fraktion

Bitte die Zusammensetzung der Position „Sonstiges/Ausgaben für Flüchtlinge 34 205,30 €“ für 2016 aufschlüsseln.

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** erklärt, es handele sich hierbei um die Beschaffung diverser Ausstattungsgegenstände für die Zentrale Ersterfassungsstelle in der Bundesallee. Dazu gehörten: Tische, Stühle, Magnettafeln und Ähnliches für 13 620,49 Euro, Mannschafts- und Aktenschränke für 8 795,10 Euro, Vitrinen und Rollcontainer für 7 183,41 Euro, ein Kühlschrank für 321,37 Euro, ein Stereomikroskop für 1 118,49 Euro, ein Garderobenständer für 349,93 Euro, ein LED-Stativ und ein Dokumentenprüfgerät.

**Vorsitzender Peter Trapp** erklärt, der Berichts Antrag sei damit erledigt.

### **Kapitel 0531-0559**

#### **Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen –**

##### Nr. 59, CDU-Fraktion

Wieviel Treibstoff (aufgeteilt nach Diesel, Benzin, Gas und andere Treibstoffe – Angabe vorzugsweise in Litern) werden in den einzelnen Bereichen/Direktionen pro Jahr verbraucht?

Wie viel der angesetzten Mittel entfällt auf Treibstoffe?

Womit ist die unterschiedliche Entwicklung in den Direktionen zu begründen?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

### **Kapitel 0531, 0533, 0534, 0536 und 0537**

#### **Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –**

#### **Titel 51410 (neu) – Allgemeine Dienstkleidung (Kontenwirtschaft) –**

##### Nr. 60, CDU-Fraktion

Womit ist die Reduzierung des Ansatzes zu begründen? Welche Dienst- und Schutzkleidung soll für wen und wann konkret angeschafft werden?

Welche Beträge entfallen auf die Anschaffung von Schutzwesten?

Erbitte Erläuterung, wie sich dieser Titel von Titel 51410 (neu) abgrenzen lässt

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Kapitel 0531-0559**

### **Titel 51429 – Verbrauchsmittel für Bewaffnung und Einsatzgerät –**

#### Nr. 61, CDU-Fraktion

Wie verhält sich die Begründung des höheren Ansatzes (Kostensteigerung) mit der Schließung von Schießständen? Warum wirkt sich die Kostenentwicklung für die Direktionen unterschiedlich aus?

Hält der Senat den Ansatz für angemessen, wenn die Schießstände insgesamt wieder zur Verfügung stehen?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Kapitel 0531**

### **Titel 51715 (neu) – Betriebs- u. Nebenkosten i. Rahmen des Facility Managements –**

#### Nr. 62, CDU-Fraktion

Welchen Anteil machen die anteiligen Kosten für Pförtnerdienstleistungen aus? Sofern dies über einen externen Dienstleister erfolgt, wird eine Begründung erbeten.

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

### **Titel 51820, 51925 und 51715 – Ausgaben für Räume –**

#### Nr. 63, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Gibt es ein Raumnutzungs- und -entwicklungskonzept der Polizei Berlin? Falls ja, wie sieht dieses aus?
2. Bitte die Steigerung erläutern.
3. In welchen Titeln sind die Ausgaben für mobile Wachen (außer der Alexwache) dargestellt?
4. Wo findet sich die Sanierung der Schießanlagen im Haushalt? Wie sieht das Konzept der Berliner Polizei für die kommenden Jahre aus, das Schießtraining sicherzustellen?
5. Was ist die „mobile Raumschießanlage“ genau und wo bzw. wie soll diese eingesetzt werden?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** teilt hinsichtlich Frage Nr. 3 mit, die Ausgaben für die Beschaffung der sogenannten mobilen Wachen würden aus SIWANA-Mitteln finanziert und seien in Kapitel 9810 veranschlagt. Die Auslieferung erfolge im Sommer 2018, die notwendige Unterhaltung werde mit Mitteln aus Kapitel 0531, Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen – geleistet.

Zur Frage Nr. 4: Geplant seien fünf dezentrale Einsatztrainingszentren an den Standorten Ruppiner Chaussee, Charlottenburger Chaussee, Gallwitzallee, Kruppstraße und Cecilienstraße mit einem Gesamtvolumen von 125,2 Millionen Euro. Die Finanzierung erfolge überwie-

gend aus SIWA I, SIWA II und SIWANA III. Eine Restfinanzierung aus künftigen SIWANA-Mitteln sei auch erforderlich und von der Finanzverwaltung schon vorgemerkt.

**Titel 51820 (neu) – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –**

Nr. 64, CDU-Fraktion

Bitte um Erläuterung des Nachhaltigkeitsfaktors. Welche Beträge entfallen hierauf? Ist der Ansatz für die sog. Alexwache ausreichend? Welche konkreten Räumlichkeiten sollen über welchen Zeitraum von wem und zu welchen Bedingungen angemietet werden?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) führt aus, die Kombiwache am Alexanderplatz benötige Investitionsmittel in Höhe von insgesamt 990 000 Euro, die über SIWA I finanziert würden, inklusive der nutzerspezifischen Technik. Das Objekt verfüge über ca. 70 m<sup>2</sup>, biete fünf Arbeitsplätze, einen Wachbereich, einen Raum für die Anzeigenaufnahme, einen Pausenraum mit Küche und ein WC. Der Ansatz der Miethöhe sei von der BIM vorgegeben worden.

Zu der Bitte um Erläuterung des Nachhaltigkeitsfaktors: Es sei noch kein Enddatum für die Alexwache vorgesehen. – Wahr ist, dass man gern auf einen Neubau verzichtet hätte. Dazu hätte sich die Innenverwaltung im vergangenen Jahr entschließen müssen, das Angebot der Sparkasse anzunehmen, dort Gewerberäume anzumieten. Das sei von der Innenverwaltung abgelehnt worden mit der Aussage, dass die Alexwache nicht erforderlich sei. Insofern seien jetzt Investitionen notwendig, um eine Wache auf dem Alexanderplatz errichten zu können.

**Hakan Taş** (LINKE) erkundigt sich, ob der Bund einen Anteil übernehme.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) antwortet, der Bund und das Bezirksamt beteiligten sich jeweils mit Personal.

**Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –**

Nr. 65, CDU-Fraktion

Welcher Anteil entfällt auf die externe Qualifizierung von Rettungssanitätern? Bitte um Begründung der Notwendigkeit der externen Qualifizierung.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) berichtet, für die externe Qualifizierung von 20 Rettungssanitätern bei der Polizei seien 17 000 Euro pro Haushaltsjahr vorgesehen. Aufgrund der Vorschriftenlage und auch, um den neuen Bedrohungs- und Einsatzlagen gewachsen zu sein, müsse die Polizei Berlin über ausreichend Rettungssanitäter und -sanitäterrinnen verfügen, auch vor dem Hintergrund altersbedingter Abgänge. Bis 2015 sei diese Zusatzausbildung bedarfsorientiert durch die Berliner Feuerwehr erfolgt. Diese könne die Ausbildung aber logistisch und personell nicht mehr übernehmen, weil sie sich selbst an den Grenzen ihrer Kapazitäten befinde, was die Ausbildung für ihren eigenen Bedarf betreffe.

**Benedikt Lux** (GRÜNE) erkundigt sich nach der Ausbildung von Notfallsanitätern.



**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) antwortet, hier gehe es um die bei der Polizei eingesetzten Rettungssanitäter. Für die Ausbildung von Notfallsanitätern sei die Feuerwehr zuständig.

**Titel 53108 – Besucher/innen-Betreuung –**

Nr. 66, CDU-Fraktion

Bitte um Erläuterung des Ansatzes im Vergleich zum IST in 2016

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) erklärt, die Ansätze ergäben sich aus dem langfristig fortgeschrittenen Jahresbedarf zuzüglich der im Jahr 2018 zusätzlich anfallenden Ausgaben für die in Berlin stattfindende Tagung der Polizeipräsidenten mittel- und osteuropäischer Hauptstädte sowie für die 2019 in Berlin stattfindende Mittel- und Osteuropa-Tagung der Landeskriminalämter.

**Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- u. Fortbildung) –**

Nr. 67, CDU-Fraktion

Welche konkreten Maßnahmen sollen für wen durchgeführt werden?  
Was konkret soll wo konkret ersatzbeschafft werden und welche Kosten fallen dafür an?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 54010 – Dienstleistungen –**

Nr. 68, CDU-Fraktion

Welche konkreten Umzüge sind von dem Ansatz umfasst?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 68123 – Ehrungen, Preise –**

Nr. 69, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gibt es Überlegungen für eine verstärkte Anerkennungskultur zur Förderung der Motivation der MitarbeiterInnen?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) berichtet, es werde geplant, die Anerkennungskultur bei der Polizei und der Feuerwehr zu verbessern. Für die Polizei- und Feuerwehrkräfte solle für besondere Leistungen eine Medaille oder ein Orden verliehen werden, gegebenenfalls mit einer Geldzuwendung verbunden. Bisher sei immer nur ein Buchpräsent überreicht worden. Wenn das Konzept vorliege, bedürfe es gegebenenfalls einer Ansatzverstärkung. Zusätzliche Mittel darüber hinaus seien nicht geplant.

**Karsten Woldeit** (AfD) erkundigt sich, ob das Vorhaben möglicherweise mit dem noch auf der Unerledigtenliste stehenden Antrag der AfD in Verbindung stehe, in dem seine Fraktion die Einführung einer Ehrenmedaille bei der Polizei in Verbindung mit einer Einmalzahlung gefordert habe.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) antwortet, eine Verbindung zu dem AfD-Antrag sei ihm nicht bewusst. Das Anliegen hätten die Gewerkschaftsvertreter an ihn herangetragen. Er finde das Vorhaben sehr sinnvoll.

#### **Titel 81179 (neu) – Fahrzeuge –**

##### Nr. 70, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Inwiefern werden verbrauchs- und emissionsarme Fahrzeuge beschafft?

##### Nr. 71, CDU-Fraktion

Bitte um Angabe der Gründe und der Notwendigkeit für Anschaffung von Rollern mit Videoüberwachung – wer oder was soll damit verdeckt überwacht werden, und ist das technisch unter Einhaltung der dafür seitens der Gerichte für das standardisierte Messverfahren aufgestellten Bedingungen zu realisieren?

Reicht der Ansatz im Vergleich zu dem (Alt-)Bestand an Fahrzeugen zur effektiven Gefahrenabwehr aus?

Wie verhält sich die Neuanschaffung zu dem Ansatz für Treibstoffe?

##### Nr. 72, FDP-Fraktion

Zu dem Einsatz von „Roller mit verdeckter Videoüberwachung“: Was soll die Zielsetzung dieser Fahrzeuge genau sein, welche konkreten Überwachungssituationen sollen abgedeckt werden?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

#### **Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –**

##### Nr. 73, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte den Erneuerungsbedarf der Geräte zur Verkehrsüberwachung darlegen.

##### Nr. 74, CDU-Fraktion

Bitte um Angabe der Kostendifferenz zwischen der Anschaffung von 2 AVÜK-Anlagen mit einem Ansatz von 250T€ und einer Anlage mit einem Ansatz von 130T€(5T€Differenz)

Bitte um konkrete Angaben zu den Schildern Verkehrsüberwachungskontrollen. Was für Sonderkontrollen sind geplant, und auf welche gesetzliche Grundlage stützen sich diese (Kontrollen wie Schilder)?

Bitte um Begründung der Notwendigkeit der Anschaffung eines Defibrillators. Wo soll dieser eingesetzt werden?

Bitte um Begründung der Notwendigkeit, ein psychometrisches Testsystem anzuschaffen. Was ist unter diesem Testsystem zu verstehen.

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**MG 32**

**Titel 51185 (neu) – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –**

Nr. 75, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Inwiefern ist die Einführung des BOWI 3.0 erforderlich/sachdienlich? (Bis wann) könnte der jetzige BOWI-Betrieb weitergeführt werden?
2. Für welche Dienstleistungen werden die Verpflichtungsermächtigungen bis 2024 benötigt?
3. Welcher Anteil der Ausgaben entfällt jeweils auf Datenschutz und Datensicherheit?
4. Welcher Anteil der Dienstleistungen wird durch das ITDZ erbracht?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 1168 und 51185 (neu)**

**Titel 81236 (neu)**

**Titel 81248 (neu)**

**– Kommunikation, div. –**

Nr. 76, CDU-Fraktion

Wie stehen diese Titel im Verhältnis zur 2. Ausbaustufe Digitalfunk, wie grenzen sich die Titel voneinander ab, soweit sie den Digitalfunk betreffen?

Welche konkreten Geräte und wie viele (nicht: Tablets) sollen angeschafft werden?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** schlägt vor, die Berichte zum Digitalfunk zusammenzufassen.

**Vorsitzender Peter Trapp** begrüßt den Vorschlag.

## **Titel 81236 (neu) – Mobile Kommunikation –**

### Nr. 77, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie sind Datenschutz und -sicherheit gewährleistet, insbesondere im Falle des Verlustes eines Gerätes und gegen unautorisierte Verwendung durch die Nutzer\*innen, z. B. die Installation privater Anwendungen? Wie ist die Kommunikation zwischen den mobilen Endgeräten und den Servern abgesichert?
2. Welche Art von Tablets soll angeschafft werden (Betriebssystem, Hersteller, sonstige Spezifikationen)?
3. Welche polizeilichen Informationssysteme, Messenger-Dienste und andere Software sollen auf diesen zum Einsatz kommen?
4. Welche Art und Menge von Daten sollen auf den mobilen Endgeräten jeweils gespeichert werden?
5. Welche Schnittstellen zu welchen bereits bestehenden polizeilichen Verfahren bestehen oder sollen eingerichtet werden? Wie erfolgt ein Abgleich zwischen den dezentral und den zentral gespeicherten Daten?

### Nr. 78, AfD-Fraktion

Ist die Anzahl der Tablets ausreichend? Wie hoch ist der maximale Bedarf an Tablets?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) teilt mit, hier gehe es um die Anschaffung von 2 000 Tablets für die Einsatzkräfte der Polizei, um den Austausch von Daten, beispielsweise von Fotos, sowie den Zugriff auf polizeiliche IT-Systeme wie POLIKS, INPOL und andere zu ermöglichen. Diese Anschaffung stehe nicht im Zusammenhang mit dem einsatzkritischen Kommunikationsmittel Digitalfunk. Die Einsatzmittel Digitalfunk und Tablets ergänzten sich gegenseitig.

Für den Probelauf würden ca. 300 Tablets flexibel in die Funkwagen der Abschnitte eingebaut. Im weiteren Verlauf des Projekts werde die Erprobung sukzessive auf die Unterstützung der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung in allen Gliederungseinheiten, die Ausstattung der Bereitschaftspolizei sowie weitere Anwendungszwecke im polizeilichen Bereich erweitert. Hierfür sei derzeit eine Anzahl von maximal 2 000 Tablets bis 2020 vorgesehen. Diese Anzahl werde gegenwärtig als ausreichend erachtet.

Ein konkretes Modell für das Tablet könne noch nicht benannt werden. Erprobt würden gegenwärtig vier verschiedene Modelle.

**Niklas Schrader** (LINKE) fragt, ob Herr Senator Geisel schon Informationen zu der verwendeten Software geben könne.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) antwortet, dazu werde schriftlich Auskunft erteilt.

**Burkard Dregger** (CDU) erkundigt sich, ob auf die Erfahrungen anderer Bundesländer zurückgegriffen werde, die teilweise schon über solche Tablets verfügten.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) erwidert, man schaue sich jedenfalls um.

**Vorsitzender Peter Trapp** stellt klar, die dritte Frage im Berichtsantrag Nr. 3 werde schriftlich beantwortet.

#### **Titel 81247 (neu) – Personal- und Zeitmanagement –**

Nr. 79, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erläuterung.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) gibt Auskunft, hierbei gehe es um Mittel für eine Software, die zuvor in Kapitel 0553, Titel 81247, in der Maßnahmengruppe 32 etatisiert worden seien. In den kommenden beiden Jahren würden keine Investitionen getätigt.

#### **Kapitel 0533 - Der Polizeipräsident in Berlin – Direktion 1 –**

##### **Kapitel 0533-0559**

##### **Titel 51101 – Geschäftsbedarf –**

##### **Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –**

Nr. 80, CDU-Fraktion

Wie ist die Erhöhung des Ansatzes für Fernmeldegebühren/Fernmeldeanlagen im Verhältnis zum IST in 2016 und im Verhältnis zur Stellenreduzierung innerhalb der Direktionen zu erklären?

Womit werden die gestiegenen Kosten für Vordrucke ausschließlich in Direktion 5 begründet, und welchen Anteil macht das aus?

Wie viele und welche Waffen und welche Art Einsatzgeräte und wie viele sollen angeschafft werden?

Was ist unter kriminaltechnischen Geräten zu verstehen, und was wird jeweils angeschafft (bitte gesondert nach Direktionen angeben)?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

##### **Kapitel 0533-0552**

##### **Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –**

Nr. 81, CDU-Fraktion

Womit begründet der Senat die gestiegenen Anwaltskosten angesichts der zuletzt im Jahre 2013 erfolgten Reform des RVG einschließlich Anhebung der Gebührensätze? Welchen Anteil machen diese Kosten in den einzelnen Direktionen aus?

Bitte um Erläuterung der in Direktion 5 (0537) vorgenommenen Verrechnung im Vergleich zu den anderen Direktionen. Bitte um Erläuterung des Ansatzes im Ver-

gleich zum IST in 2016 und den Erläuterungen zu den anderen Direktionen bezüglich dieses Titels – inwiefern ist hier eine andere Bewertung vorzunehmen?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0533-0535**  
**Titel 52703 – Dienstreisen –**

Nr. 82, CDU-Fraktion

Bitte um Erläuterung der Erhöhung des Ansatzes bei insgesamt vorgenommener Stellenreduzierung in den einzelnen Direktionen

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0537 – Der Polizeipräsident in Berlin – Direktion 5 –**  
**Kapitel 0537 und 0541**  
**Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –**

Nr. 83, CDU-Fraktion

Womit wird der fehlende Ansatz im Vergleich zum IST in 2016 begründet?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0538 – Der Polizeipräsident in Berlin – Direktion 6 –**  
**Titel 51429 – Verbrauchsmittel für Bewaffnung und Einsatzgerät –**

Nr. 84, CDU-Fraktion

Wie wirkt sich die bisherige Schließung der Schießstände auf den Ansatz aus? Wie erklärt sich der Unterschied zu den anderen Direktionen?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0541 – Der Polizeipräsident in Berlin – Direktion Einsatz –**

**Titel 23103 (neu), Titel 23203 (neu) – Ersatz von Personalausgaben durch den Bund bzw. die Länder bei Abordnungen und Versetzungen**

Nr. 85, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Darstellung des Ist über die letzten fünf Jahre, da in der Regel seit 2014 vom Ansatz abweichende Ergebnisse erzielt werden.

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

### **Titel 23211 – Ersatz von Ausgaben durch die Länder –**

#### Nr. 86, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte erläutern.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) erklärt, hier würden die erstattungsfähigen Kosten der Amtshilfeauslagen gemäß § 8 Verwaltungsverfahrensgesetz bei Abschiebung auf Antrag anderer Bundesländer nachgewiesen. Da die Bundesländer die Abschiebungen vermehrt selbst vornähmen, seien die Fallzahlen und damit auch die Einnahmen rückläufig. Im Hinblick auf die geplante Unterbringung von Gefährdern seien die Mittel jedoch vorsorglich etatisiert worden.

### **Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –**

#### Nr. 87, CDU-Fraktion

Warum ist der Ansatz bezüglich Waffen und Einsatzgeräte im Vergleich zum IST 2016 nicht angepasst worden? Was konkret soll angeschafft werden?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

### **Titel 51420 – Beköstigung –**

#### Nr. 88, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ist der Ansatz auskömmlich? Ist auch auf eine Qualitätssteigerung der Beköstigung geachtet worden?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

### **Titel 54039 – Haltung von Tieren –**

#### Nr. 89, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sollen die Mittel genau sein? Wie ist der Ansatz bestimmt worden, und wie setzt sich dieser zusammen?

#### Nr. 90, CDU-Fraktion

Für wie viele ausgesonderte Diensthunde ist die Aufwandsentschädigung in welcher Höhe zu zahlen?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) teilt mit, in diesem Titel seien die Ausgaben für Futterkosten, Versorgung und Pflege, veterinärmedizinischen Bedarf und Betreuung sowie Ausrüstung, Übungs- und Stallgeräte für Diensthunde etatisiert. Bei der Berechnung sei man von folgenden Daten ausgegangen:

Für einen aktiven Diensthund ergäben sich durchschnittlich laufende Ausgaben von rund 1 400 Euro im Jahr. Ausgehend von 50 nicht mehr diensttauglichen Diensthunden, die von den Diensthundeführenden betreut würden, und einer pauschalen Aufwandsentschädigung von 50 Prozent für einen aktiven Hund ergebe sich ein jährlicher Bedarf von 35 000 Euro, auf den einzelnen Hund bezogen 700 Euro. Das entspreche exakt der Ansatzserhöhung und sei aus Sicht der Innenverwaltung geeignet, um die Kosten der Betreuenden der nicht mehr aktiven Diensthunde auszugleichen.

**Benedikt Lux** (GRÜNE) fragt, ob die Innenverwaltung damit rechne, dass es bei 50 ausgesonderten Diensthunden bleiben werde.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) antwortet, für den Haushalt 2018/2019 gehe man von 50 Hunden aus. Später werde gegebenenfalls eine Anpassung vorgenommen.

**Benedikt Lux** (GRÜNE) erkundigt sich, ob es auch möglich sei, die nicht mehr aktiven Diensthunde wie in anderen Bundesländern im Eigentum des Landes Berlin zu belassen.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) meint, daraus ergäben sich umfangreiche Versicherungs-, Haftungs- und sonstige rechtliche Fragen. Das Ganze würde nicht nur teurer werden, sondern auch für die Betreuenden der nicht mehr aktiven Diensthunde wesentlich stärker belastende Verhältnisse, Vereinbarungen, Zusicherungen usw. mit sich bringen. Die Innenverwaltung habe daher Abstand davon genommen. Wenn die Kosten sauber ausgeglichen würden, sei das auch im Interesse der Betreuenden.

**Benedikt Lux** (GRÜNE) erwidert, 700 Euro pro Jahr stellten nur einen Bruchteil der Summe dar, die die Betreuenden für einen Hund aufwendeten, und seien daher nicht akzeptabel. Er plädiere dafür, den Ansatz des Titels deutlich zu erhöhen. Die Alternative wäre, einen tierschutzgerechten Hundezwinger zu bauen, der wahrscheinlich mehrere Millionen Euro kosten würde.

Er bitte um eine Prognose, ob sich die Anzahl der nicht mehr aktiven Diensthunde in den nächsten Jahren nicht verringern werde. In diesem Fall würde sich die Diensthundpauschale erhöhen. Ein anderer Weg wäre, die nicht mehr aktiven Diensthunde weiterhin im Eigentum des Landes zu belassen.

**Marcel Luthe** (FDP) merkt an, aus eigener Erfahrung wisse er, dass die 700 Euro pro Jahr zwar sehr knapp bemessen seien, jedoch für Futter halbwegs ausreichten. Ein wesentlicher finanzieller Faktor hingegen seien die Tierärztkosten. Wie sei während der dienstlichen Verwendung die tiermedizinische Versorgung gewährleistet, durch einen internen oder einen externen Tierarzt? Im zweiten Fall bitte er um Prüfung, ob nicht eine Krankenversicherung der günstigere Weg wäre. In ihrer nicht mehr aktiven Zeit könnten die Hunde dann weiterhin versichert bleiben. Er bitte dazu um einen schriftlichen Bericht.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt den gewünschten Bericht zu. – Das Parlament sei der Haushaltsgesetzgeber. Es müsse begründen, warum der Mittelbedarf für die Hunde deutlich höher liege. Ohne Begründung zu sagen, den Hunden stehe mehr zu, entspreche nicht den Vorgaben der Landeshaushaltsordnung, wirtschaftlich zu handeln und sparsam



mit den Haushaltsgeldern umzugehen. – Die Innenverwaltung werde das Thema schriftlich aufbereiten.

**Benedikt Lux** (GRÜNE) meint, die Fürsorgepflicht liege in der Tat beim Senat als oberstem Dienstherrn. Er sei aber sicher, dass die Innenverwaltung bei einer genaueren Prüfung etwa der Eigentumsfrage zu einem anderen Ergebnis käme. Zum Beispiel werde für einen Diensthund ein höherer Steuersatz gezahlt, weil er ein gefährlicher Hund sei. Auch diese Kosten würden auf die Diensthundeführer abgewälzt. Die Innenverwaltung könnte sich Anregungen in anderen Bundesländern holen. Aber wenn es gewünscht werde, werde er auch selbst Berechnungen anstellen, um die 20-köpfige Haushaltsfront in der Innenverwaltung zu überzeugen.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) entgegnet, wenn Herr Abg. Lux andere Erkenntnisse habe, möge er die Innenverwaltung daran teilhaben lassen.

**Benedikt Lux** (GRÜNE) erwidert, das habe er bereits am vergangenen Montag getan, als schon einmal über dieses Thema gesprochen worden sei. Man sei auch übereingekommen, dass man gemeinsam nach einer besseren Lösung suchen wolle.

**Der Ausschuss** erwartet den gewünschten Bericht.

#### **Titel 54011 – Überführungen, Überstellungen –**

##### Nr. 91, AfD-Fraktion

Wie setzen sich die Kosten für diesen Punkt zusammen?

**Karsten Woldeit** (AfD) merkt an, hier gehe es um Kosten für Abschiebungen, Passersatzkosten und Ähnliches. Der Berichts Antrag seiner Fraktion sei mit dem Berichts Antrag der CDU-Fraktion unter der Nr. 13 identisch, zu dem bereits ein schriftlicher Bericht zugesagt worden sei.

#### **Kapitel 0543 – Der Polizeipräsident in Berlin – Landeskriminalamt –**

##### **Vor Kapitel 0543**

##### **Allgemein LKA – Aufstellung LKA –**

##### Nr. 92, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um eine Darlegung der Mittelverwendung nach Phänomenbereichen. Ist das in den Medien erwähnte Zusammenziehen zur Terrorbekämpfung vorübergehend oder nachhaltig? Welche Konzepte verfolgt das LKA zur OK-Bekämpfung? Gibt es Mittelverstärkungen, die Sach- und Fachkompetenz für die neuen Möglichkeiten zur Einziehung von Vermögen aus Straftaten (StPO neu) zu ermöglichen?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Diverse Titel – „Anti-Terror-Paket“ –**

Nr. 93, CDU-Fraktion

Warum werden die Mittel für das „Anti-Terror-Paket“ nicht mehr veranschlagt, und wie hoch war dafür der Ansatz in 2016/2017? Hält der Senat dies angesichts der gestiegenen Terrorgefahr für angemessen? An welcher Stelle und in welcher Höhe sind Mittel für die Terror-Bekämpfung etatisiert?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Diverse Titel – „Cyberkriminalität“ –**

Nr. 94, CDU-Fraktion

Was plant der Senat konkret, um die Cyberkriminalität zu bekämpfen, und welche Mittel sind dafür in welcher Höhe wo etatisiert? Hält der Senat diese Maßnahmen angesichts ständig steigender Kriminalität für angemessen?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 11153 – Gebühren nach Bundesrecht –**

Nr. 95, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um einen laufenden Bericht. Wie lautet die Arbeitsstatistik der Waffenbehörde, insbesondere hinsichtlich Erteilungen, Versagungen, Entziehungen, Gebühren, Bußgeldern, angemeldeten und unangemeldeten Kontrollen, auch anhand der unterschiedlichen Waffenarten?

Warum bleiben die Ansätze für 2018 und 2019 deutlich hinter dem Ist 2016 zurück? Welche Erkenntnisse liegen über die Entwicklung der legalen Verbreitung von Waffen in Berlin in den letzten Jahren vor, und welche weitere Entwicklung wird prognostiziert?

Nr. 96, CDU-Fraktion

Warum wird der Ansatz nicht dem IST in 2016 angepasst, wenn zukünftig mit höheren Einnahmen zu rechnen ist?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 23112 – Zuweisungen des Bundes für konsumtive Zwecke –**

Nr. 97, FDP-Fraktion

Wenn entsprechend der Beschreibung zu dem Titel 23112 das IST nicht „steuerbar“ ist, warum erfolgt eine solche Untersetzung des Ansatzes?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 27102 – Ersatz von Ausgaben durch die EU –**

Nr. 98, CDU-Fraktion

Womit ist die fehlende Anpassung des Ansatzes an das IST aus 2016 zu begründen?  
Um welche EU-Projekte handelt es sich?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 27290 – Zweckgebundene Einnahmen aus d. Ausland f. konsumtive Zwecke –**

Nr. 99, CDU-Fraktion

Um welche Projekte handelt es sich? Warum wird der Ansatz nicht dem IST aus 2016 angepasst, insbesondere dann nicht, wenn Zuschüsse erwartet werden?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –**

Nr. 100, CDU-Fraktion

Wie verhält sich der zusätzliche Ausstattungsbedarf aufgrund erhöhter Sicherheitslage im Verhältnis zu der fehlenden Veranschlagung von Mitteln aus dem „Anti-Terror-Paket“? Was konkret soll jeweils angeschafft werden?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 51432 – Film- und Fotomaterial, Ton- und Videobänder –**

Nr. 101, FDP-Fraktion

Stellvertretend für die in diesem EPl. enthaltenen Titel mit gleichlautender Bezeichnung:

Welche konkreten Maßnahmen sollen durch den Einsatz der vorbezeichneten Technik jeweils gestützt werden? Inwieweit wird durch diese von einer effektiven/effektiveren Kriminalitätsbekämpfung ausgegangen?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 51433/54042 – Laborbedarf und kriminaltechnisches Verbrauchsmaterial / Leistungen an die Labor Berlin – Charité Vivantes GmbH –**

Nr. 102, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte die Geschäftsstatistik einreichen. Ist mittelfristig geplant, die DNA-Untersuchungen wieder durch die Polizei Berlin durchführen zu lassen?  
Gibt es eine Machbarkeitsprüfung hierzu?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 54010 – Dienstleistungen –**

Nr. 103, CDU-Fraktion

Wie hoch sind die Kosten für die Bestattungsabrechnungen, welchen Anteil vom Ansatz machen diese Kosten aus? Warum wird der Ansatz nicht dem IST aus 2016 angepasst?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 54023 – Fahndungsmaßnahmen –**

Nr. 104, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um genauere Aufschlüsselung nach Ausgabengruppen.

Nr. 105, CDU-Fraktion

Warum wird der Ansatz nicht dem IST in 2016 bei insgesamt erhöhter Sicherheitslage angepasst?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 54042 – Leistungen an die Labor Berlin – Charité Vivantes GmbH –**

Nr. 106, CDU-Fraktion

Warum wird der Ansatz nicht dem IST in 2016 bei insgesamt erhöhter Sicherheitslage angepasst?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 63207 – Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder –**

Nr. 107, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vergleichsrechnung TKÜ-Eigenleistung und GKDZ liegt noch nicht vor. Bitte vorlegen.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 81123 – Sondergeschützte Fahrzeuge**

Nr. 108, CDU-Fraktion

Bitte um Erläuterung, warum der Titel wegfällt. Wie steht dies im Zusammenhang mit diesem Titel in Kapitel 0559? Wie wird mit den zu diesem Titel berücksichtigten Fahrzeugen verfahren?

Nr. 109, AfD-Fraktion

Warum fällt dieser Titel weg?

in Verbindung mit

**Kapitel 0559 – Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin –**

**Titel 81123 – Sonderfahrzeuge –**

Nr. 120, CDU-Fraktion

In welchem Verhältnis steht dieser Titel mit dem Titel in Kapitel 0543? Handelt es sich hier um ein ballistisches Fahrzeug? Wenn ja: Gegen welche Angriffe schützt dieses? Wenn nein: Wann und in welchem Umfang ist die Anschaffung von ballistischen Fahrzeugen geplant, und wo sind die Mittel dafür in welcher Höhe etatisiert?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) berichtet, bei den Fahrzeugen unter Titel 81123 in Kapitel 0543 handele es sich um Spezialfahrzeuge für Einsatzsituationen im Rahmen der Terrorabwehr. Der Ansatz von 2016 mache die erforderliche überplanmäßige Beschaffung von sondergeschützten Fahrzeugen, die im Jahr 2016 stattgefunden habe, deutlich. Bei den Fahrzeugen in Kapitel 0559 handele es sich dagegen um ballistisch geschützte Fahrzeuge für den Schutz von Personen.

**Kapitel 0543 – Der Polizeipräsident in Berlin – Landeskriminalamt –**

**Titel 81216 – Ballistische Schutzhelme –**

Nr. 110, AfD-Fraktion

Warum sind für diesen Punkt keine Mittel eingeplant?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) teilt mit, die Ersatzbeschaffung der Schutzhelme für die Einsatzeinheiten des Landeskriminalamts sei bereits abgeschlossen, weswegen dafür keine weiteren Mittel im Haushalt vorgesehen seien.

**Titel 81220 – DNA-Gerätschaften –**

Nr. 111, CDU-Fraktion

Warum wird die veranschlagte Verpflichtungsermächtigung in 2017 nicht in Anspruch genommen, und wie wirkt sich das aus?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) erklärt, ein anderer als ursprünglich geplanter Ausgabebedarf für das Jahr 2019 führe dazu, dass die im Jahr 2017 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung über dem nun vorgesehenen Ansatz 2019 liege. Um eine Haushaltsüberschreitung zu vermeiden, werde die VE nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden.

**Vorsitzender Peter Trapp** erklärt den Berichtsantrag für erledigt.

**Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen Ausstattungen –**

Nr. 112, CDU-Fraktion

Warum wird der Ansatz nicht dem IST aus 2016 angepasst?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) teilt mit, 2016 habe das Landeskriminalamt im Rahmen des Anti-Terror-Pakets bei diesem Titel einmalig zusätzliche Mittel in Höhe von 670 000 Euro für die Beschaffung verschiedener Geräte und Einrichtungen erhalten. Für 2018 und 2019 seien daher diesbezüglich keine zusätzlichen Mittel in Kapitel 0543 vorgesehen. Der Ansatz entspreche den durchschnittlichen Ansätzen der Vorjahre.

**Vorsitzender Peter Trapp** stellt klar, dass der Berichtsantrag damit erledigt sei.

**Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –**

Nr. 113, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Nr. 18: Von wann stammt der zugrundeliegende Lizenzvertrag? Bitte darstellen, inwiefern die hier gekaufte Software auch unter den schärferen Bedingungen der Online-Durchsuchung ggf. verfassungskonform zur Quellen-TKÜ genutzt werden kann.
2. Nr. 24: Bitte die zehn größten Posten aus „Sonstiges“ aufschlüsseln.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) antwortet hinsichtlich Nr. 18, der Lizenzvertrag für die Softwarepflege Quellen-TKÜ sei am 20. Dezember 2012 in Kraft getreten und zum Ende des Jahres 2017 gekündigt worden. Die Quellen-TKÜ-Eigenentwicklung des Bundeskriminalamtes, „RCIS“, sei zwar grundsätzlich fertiggestellt, allerdings könne sie von den Ländern noch nicht selbst verwendet werden, da die sogenannte Länderschnittstelle seitens des Bundeskriminalamtes noch nicht erstellt worden sei. Bis zu einer endgültigen Entscheidung könne die Polizei Berlin nur im Wege der Amtshilfe für das BKA eine angeordnete Quellen-TKÜ umsetzen.

Zur Nr. 24: Unter „Sonstiges“ seien unter anderem abgerechnet worden:

- Lizenzen für die KTI-VMware ca. 24 000 Euro.
- UFID-Lizenzen ca. 24 000 Euro
- 50-mal X-Ways Investigator ca. 23 000 Euro
- 35 Lizenzen von Office Pro in einer Gesamtsumme von ca. 21 000 Euro
- XRY-Lizenzen ca. 19 000 Euro
- Alarmierungssoftware T-NEMO ca. 16 000 Euro
- 5 Internet-Evidence-Finder ca. 9 000 Euro
- MS-Win-Server ca. 8 000 Euro
- Lizenz GeoTime und Wartungsvertragsverlängerung ca. 6 000 Euro
- Sicherheitskonzept Mailserver ca. 3 000 Euro.

**Vorsitzender Peter Trapp** stellt fest, dass die Regierungsfractionen keine weiteren Fragen mehr stellten.

**Titel 81252 – Aufbaustelle Zentralstelle Cybercrime –**

Nr. 114, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitten um nähere Erläuterung, was genau geplant ist.

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Marcel Luthe** (FDP) nimmt Bezug auf das gesamte Kapitel 0543 – LKA –. Im Hinblick auf Titel 81252 bitte er um eine Erläuterung, was konkret technisch geplant sei. Die Kosten seien offensichtlich sehr niedrig angesetzt.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) erklärt, dass dazu ein schriftlicher Bericht geliefert werde.

Hinsichtlich Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten – bittet **Marcel Luthe** (FDP) um eine Darstellung zu den Einkleidungsbeihilfen für die Dienstkräfte des Personenschutzes. Die Höhe der Einkleidungsbeihilfen – Erstausrüstung 550 Euro, danach alle drei Jahre 480 Euro – sei nicht zufriedenstellend. Sie gehe offensichtlich auf eine Richtlinie aus dem Jahr 2008 zurück. Die höheren Haushaltsansätze 2018 und 2019 könnten jedoch aufgrund der starren Regelung nicht abgerufen werden. Er beantrage daher, die Regelung zu flexibilisieren.

**Vorsitzender Peter Trapp** bittet Herrn Abg. Luthe, den Antrag auf dem dafür vorgesehenen Formblatt bis 12 Uhr am Folgetag schriftlich zu formulieren.

**Kapitel 0552 – Der Polizeipräsident in Berlin – Polizeiakademie –**

**Vor Kapitel 0552 – Polizeiakademie allgemein –**

Nr. 115, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Änderungen gibt es in der Polizeiausbildung?

**Tom Schreiber** (SPD) wünscht einen schriftlichen Bericht zu den Veränderungen im Hinblick auf die Ausbildung und die Standards an der Polizeiakademie und an der Hochschule für Wirtschaft und Recht.

**Vorsitzender Peter Trapp** stellt fest, dass der Bericht zugesagt sei.

**Titel 51140 (neu) – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –**

Nr. 116, CDU-Fraktion

Warum wird der Ansatz für Waffen und Einsatzgeräte im Vergleich zum IST in 2016 reduziert, insbesondere angesichts zusätzlicher Anwärtereinstellungen? Wie werden diese bei verstärkter praxisbezogener Ausbildung hinreichend geschützt?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 22501 (neu) – Aus- und Fortbildung**

**Titel 22509 (neu) – Lehr- u. Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive d. IKT –**

Nr. 117, CDU-Fraktion

Wie verhält sich der Ansatz im Vergleich zu den zusätzlichen Anwärtereinstellungen? Ist der Ansatz diesbezüglich ausreichend?  
Warum wird der Ansatz nicht dem IST in 2016 angepasst?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 54010 (neu) – Dienstleistungen –**

Nr. 118, CDU-Fraktion

Welche konkreten Beratungsleistungen zum Qualitätsmanagement sind erforderlich?  
Welchen Anteil des Ansatzes machen diese aus?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 67101 (neu) – Ersatz von Ausgaben –**

Nr. 119, FDP-Fraktion

Wie ist die genaue Aufschlüsselung der (zu dem Titel 67101 zu erfolgenden) Ausgaben?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0559 – Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin –**

**Titel 81123 – Sonderfahrzeuge –**

Nr. 120, CDU-Fraktion

In welchem Verhältnis steht dieser Titel mit dem Titel in Kapitel 0543? Handelt es sich hier um ein ballistisches Fahrzeug? Wenn ja: Gegen welche Angriffe schützt



diese? Wenn nein: Wann und in welchem Umfang ist die Anschaffung von ballistischen Fahrzeugen geplant, und wo sind die Mittel dafür in welcher Höhe etatisiert?

Bereits in Verbindung mit den Fragen unter der Nr. 108 und der Nr. 109 beantwortet.

### **Kapitel 0561 – Berliner Feuerwehr – Behördenleitung –**

#### **Kapitel 0561-0566**

#### **Titel 42201, 42801, 42811 und 42221 – Bezüge und Entgelte –**

##### Nr. 121, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie sollen die nicht besetzten und die zusätzlichen Stellen besetzt werden? Insbesondere: Sind ausreichende Ausbildungskapazitäten und ausreichend geeignete Bewerber\*innen vorhanden? Falls nicht, wie plant der Senat hier Änderungen, und welche Maßnahmen sollen konkret ergriffen werden? Wo werden diese im Haushalt dargestellt?
2. Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, damit die Feuerwehr Berlin ein attraktiverer, insbesondere familienfreundlicherer Arbeitgeber wird? Wie sollen bestehende Überstunden (Mehrarbeitszeiten) abgebaut und neue verhindert werden? Welche konkreten Maßnahmen sind vorgesehen und wo sind diese im Haushalt dargestellt?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

#### **Kapitel 0561**

#### **Diverse Titel – Notfallseelsorge –**

##### Nr. 122, CDU-Fraktion

Ist eine Refinanzierung/Bezuschussung der Notfallseelsorge durch das Land Berlin vorgesehen? Wenn ja: In welcher Höhe ist diese wo etatisiert?

**Landesbranddirektor Wilfried Gräfling** (Feuerwehr) berichtet, der Notfallseelsorger, bislang ein Angehöriger der Freiwilligen Feuerwehr, gehe in den Ruhestand. Die Stelle sei bereits ausgeschrieben. Wahrscheinlich werde eine der großen Kirchen diese Aufgabe übernehmen. Dafür müssten entsprechende Mittel eingeplant werden.

**Burkard Dregger** (CDU) bittet um Beantwortung der gestellten Fragen.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) meint, da man sich noch im Prozess der Aushandlung befinde, könnten die Fragen noch nicht – und vermutlich auch noch nicht zur zweiten Lesung – beantwortet werden. Sobald Genaueres bekannt sei, werde der Ausschuss informiert.

## **Diverse Titel – Investitionsausgaben für bauliche Zwecke –**

### Nr. 123, CDU-Fraktion

Warum werden keine Mittel für Investitionsausgaben für bauliche Zwecke angesetzt? Wie gedenkt der Senat den Investitionsstau abzubauen? Welchen Ausgaben sind langfristig geplant und wofür und wo sind sie etatisiert?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Diverse Kapitel**

### **Diverse Titel – Fahrzeuge allgemein –**

#### Nr. 124, CDU-Fraktion

Wie viele Reservefahrzeuge werden bei Einsatzfahrzeugen (bitte gesondert nach Löschfahrzeugen, Rettungstransportmitteln, Sondereinsatzwagen etc. darstellen) der Berliner Feuerwehr vorgehalten, damit im Falle des Ausfalls wegen durchzuführender Reparaturen oder durchzuführenden TÜVs alle Standorte dem üblichen Standard entsprechend besetzt sind? Wie lange dauert üblicherweise die Durchführung des TÜVs bei den Einsatzfahrzeugen der Berliner Feuerwehr (bitte nach den Einsatzfahrzeugen gesondert darstellen)?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Diverse Kapitel**

### **Diverse Titel – Ausgleichsansprüche wegen Mehrarbeit in den Jahren 2001 bis 2008; Mehrarbeit –**

#### Nr. 125, CDU-Fraktion

Wie viel müsste wo etatisiert werden, damit die geltend gemachten Ausgleichsansprüche auch für die zwischen 2001 und 2005 geleistete Mehrarbeit ausgeglichen werden können?

Welche Mittel sind etatisiert, um zukünftig Mehrarbeit zu vermeiden? In welchem Umfang werden tatsächlich neue Stellen geschaffen?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Diverse Kapitel**

### **Diverse Titel – „Feuerwehrrente“ –**

#### Nr. 126, CDU-Fraktion

Wie viel wäre wo zu etatisieren, um, dem Beispiel Thüringens folgend, den ehrenamtlichen Angehörigen der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehren eine zusätzliche individuelle Altersversorgung zu gewähren? Wie viele Angehörige der

Freiwilligen Feuerwehren gibt es in Berlin? Ist die Einführung einer solchen Altersvorsorge vorgesehen? Wenn ja: wann? Wenn nein: warum nicht?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0561-0566**

**Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –  
Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –**

Nr. 127, CDU-Fraktion

Womit ist die vorgenommene Umschichtung begründet? Wie viele Stellen fallen dadurch insgesamt weg, und wie viele werden dadurch insgesamt tatsächlich neu geschaffen? In welchen konkreten Einsatzbereichen entfallen Stellen, und in welchen werden neue geschaffen? In welchem Verhältnis stehen Pensionierungen zum Wegfall bzw. zur Schaffung von Stellen?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0561**

**Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –**

Nr. 128, FDP-Fraktion

Wurden für diesen Ansatz etwaige Überstunden (auch im Hinblick auf den/die gerade geführten Musterprozess[e]) berücksichtigt? Wenn nein, wo wurde dieser Umstand (für die Berliner Feuerwehrleute) berücksichtigt? Bitte den EPl., die Seite, das Kapitel und den Titel benennen.

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0561-0566**

**Titel 44100 – Beihilfen für Dienstkräfte –  
Titel 45201 – Nachversicherungen –**

Nr. 129, CDU-Fraktion

Wie verhält sich der Ansatz zur gesamten Personalentwicklung und zu den einzelnen Dienstkräften? Ist der Ansatz ausreichend?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Kapitel 0561**

### **Titel 52610 – Gutachten –**

#### Nr. 130, CDU-Fraktion

Womit ist die fehlende Anpassung an das Ist aus 2016 zu begründen?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) teilt mit, es sei vorgesehen, diverse Gutachten in Auftrag zu geben, unter anderem für die Messung der Abgaswerte in Fahrzeughallen, um ein Gesundheitsrisiko für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Feuerwehr zur vermeiden. Dadurch seien höhere Kosten zu erwarten.

### **Titel 54010 – Dienstleistungen –**

#### Nr. 131, CDU-Fraktion

Welcher Anteil des Ansatzes entfällt auf die fachanwaltliche Beratung? Wo und in welcher Höhe ist das angesprochene finanzielle Risiko etatisiert?

**Der Ausschuss** erwartet einen schriftlichen Bericht.

## **Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr – Zentraler Service –**

### **Titel 81107 – Notarzteinsatzfahrzeuge –**

### **Titel 81111 – Stroke-Einsatz-Mobile –**

### **Titel 81112 – Rettungswagen –**

#### Nr. 132, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte darstellen, wie weit die Planung bezüglich der Aufstockung der Rettungsdienstfahrzeuge vorangeschritten ist und was wann konkret angeschafft werden soll.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Tom Schreiber** (SPD) erkundigt sich, ob es einen Bericht geben werde, in dem es um den Ist-Stand der Investitionen bei den Fahrzeugen bei der Berliner Feuerwehr allgemein gehe?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) meint, der zugesagte Bericht werde alle Fahrzeuge einbeziehen.

**Vorsitzender Peter Trapp** ergänzt, der Bericht solle sich auf die Gegenwart und auf die Zukunft beziehen.

**Benedikt Lux** (GRÜNE) erklärt, er unterstütze die Frage von Herrn Abg. Schreiber ausdrücklich. – In diesem Doppelhaushalt würden deutlich mehr Feuerwehrleute eingestellt, und die Investitionen würden im Vergleich zu den letzten Jahren deutlich erhöht. Der Investitionsstau sei damit jedoch noch nicht beseitigt, denn man müsse mit einer deutlich steigenden Anzahl

insbesondere der Rettungsdienst-Einsätze rechnen. Ihn interessiert die mittelfristige Prognose: Wie viele Investitionsmittel würden benötigt, um insbesondere im Rettungsdienst auf dem momentanen Stand bleiben zu können?

**Vorsitzender Peter Trapp** schließt sich für seine Fraktion Herrn Abg. Lux an. Erhöhte Einsatzzahlen seien erhöhte Kilometerleistungen, und der Verschleiß trete wesentlich schneller ein. Dieser Punkt solle auch in den Bericht einfließen.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) teilt mit, dass die Feuerwehr hier aus dem SIWANA-Programm eine Unterstützung erhalten habe. Das werde in dem Bericht dargestellt werden.

#### **Titel 11977 – Andere Rückzahlungen –**

Nr. 133, CDU-Fraktion

Womit begründet sich das hohe IST aus 2016, und inwiefern ist es (nicht) repräsentativ? Womit ist der im Vergleich dazu geringe Ansatz zu begründen?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

#### **Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –**

Nr. 134, CDU-Fraktion

Womit ist das hohe IST in 2016 zu begründen, und inwiefern ist es (nicht) repräsentativ? Womit ist der im Vergleich dazu geringe Ansatz zu begründen?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) teilt mit, dass es sich hier nicht um eine regelmäßige Einnahme, sondern um eine einmalige Vergleichssumme zur Abgeltung von Amtshilfekosten handele. Die Einnahme basiere auf einer Unterstützungsleistung der Berliner Feuerwehr beim Großbrand auf einer Mülldeponie in Bernau bei Berlin in der Nacht vom 9. auf den 10. September 2005, die nach Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen der Stadt Bernau und dem Landkreis Barnim letztlich der Landkreis zu leisten gehabt habe.

#### **Kapitel 0565-0566**

#### **Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten – Titel 42821 – Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte) –**

Nr. 135, CDU-Fraktion

Wie verhält sich der Ansatz im Vergleich zur Anzahl an Beschäftigten/Auszubildenden?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Kapitel 0565**

### **Titel 42890 – Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen –**

Nr. 136, CDU-Fraktion

Warum wurden die Mittel nicht ausgeschöpft? Welche anderweitige Verwendung findet wo und in welcher Höhe statt, und wo ist diese etatisiert?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** sagt einen Bericht zu.

### **Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –**

Nr. 137, FDP-Fraktion

Für welchen Zeitraum ist die Vorhaltung und Anschaffung der Möblierung der Feuerwache am Flughafen (Tegel) angedacht?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Kapitel 0565-0566**

### **Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen –**

Nr. 138, CDU-Fraktion

Wie viel Treibstoff (aufgeteilt nach Diesel, Benzin, Gas und anderen Treibstoffen – Angabe vorzugsweise in Litern) wird in den einzelnen Bereichen/Direktionen pro Jahr verbraucht?

Wie viel der angesetzten Mittel entfällt auf Treibstoffe?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Kapitel 0565**

### **Titel 81101-81211**

Nr. 139, CDU-Fraktion

Ist der jeweilige Ansatz im Vergleich zum Ist 2016 angemessen und ausreichend, insbesondere bei geplanter Anhebung der Beschäftigtenzahl? Ab welcher Laufleistung werden Löschfahrzeuge und Rettungswagen ausgetauscht? Wird der Fahrzeugbestand den gestiegenen Einsatzzahlen und der damit einhergehenden höheren Belastung und damit Laufleistung gerecht? Ist der damit verbundene höhere Verschleiß im Ansatz einkalkuliert?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 81243 div. – Erneuerung d. digitalen Funkgeräte f. Fahrzeuge des Typs MRT –**

Nr. 140, CDU-Fraktion

Ist der Ansatz ausreichend, um alle digitalen Funkgeräte auszutauschen/zu erneuern?  
Wenn nein: Wer konkret/welche Dienststelle soll von der Maßnahme profitieren?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0566 – Berliner Feuerwehr – Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie –**

**Titel 54040 – Bauvorbereitungsmittel –**

Nr. 141, CDU-Fraktion

Wie verhält sich der Ansatz im Vergleich zu der nunmehr avisierten Öffnung des Flughafens BER Ende 2019 und der damit frühestens in 2020 mutmaßlich erfolgenden Schließung des Flughafens Tegel?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** teilt mit, hier handele es sich um Planungskosten für den Umbau bzw. Neubau der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie am geplanten Standort auf dem Gelände des Flughafens Tegel, vorgesehen im Haushaltsjahr 2019. Die Planungen müssten vor Schließung des Flughafens fortgesetzt werden, um die VPU und die BPU zu erstellen, um nach Schließung des Flughafens zeitnah mit dem Bau beginnen zu können.

**Vorsitzender Peter Trapp** stellt klar, damit sei der Berichts Antrag erledigt.

**Kapitel 0571 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Leitung –**

**Diverse Kapitel**

**Diverse Titel – Investitionsausgaben für bauliche Zwecke**

Nr. 142, CDU-Fraktion

Warum werden keine Mittel für Investitionsausgaben für bauliche Zwecke angesetzt?  
Welche Ausgaben sind langfristig geplant, und wofür und wo sind sie etatisiert?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Diverse Titel – Anzahl der Beschäftigten –**

### Nr. 143, CDU-Fraktion

Hält der Senat die Anzahl der Beschäftigten angesichts der aktuellen Zustände in Standesämtern und Zulassungsstellen für angemessen und ausreichend? Sind die angesetzten Mittel ausreichend, um langfristig wieder angemessene Bearbeitungszeiten dank angemessener Anzahl an Beschäftigten zu erreichen?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.

## **Titel 51101 – Geschäftsbedarf – juris/beck-online –**

### Nr. 144, CDU-Fraktion

Welche im Einzelplan 05 genannten Dienststellen benutzen juris und welche beck-online, und welche Kosten entstehen dort jeweils? Sofern eine doppelte Nutzungsmöglichkeit besteht: An welchen Dienststellen ist dies der Fall, und womit wird dies begründet?

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenInnDS)** erklärt, die Senatsverwaltung für Inneres und Sport nutze juris und beck-online im eigenen Bereich und halte darüber hinaus den Ressortvertrag für die juris-Lizenzen. An dem Ressortvertrag partizipierten neben dem Stammhaus auch das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, Der Polizeipräsident in Berlin und die Berliner Feuerwehr. Dafür seien im Einzelplan Ausgaben in Höhe von 47 300 Euro veranschlagt. Sofern über den Ressortvertrag hinausgehende Lizenzen benötigt würden, zum Beispiel für den Zugang für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, trügen die Dienststellen diese Ausgaben bis zur nächsten Vertragsanpassung selbst. So trügen das LABO und die Feuerwehr für die dortigen Lizenzen nach der Erweiterung des Ressortvertrags jeweils Kosten in Höhe von rund 1 960 Euro.

Für das Rechtsinformationssystem beck-online, das ausschließlich vom Stammhaus genutzt werde, seien Ausgaben in Höhe von 30 000 Euro veranschlagt. Die Angebote der beiden Rechtsinformationssysteme seien nicht redundant, sondern ergänzten sich und würden daher – auch vom Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – parallel genutzt.

## **Titel 54002 – Personal- u. Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –**

### Nr. 145, CDU-Fraktion

Woraus ergibt sich angesichts des nur verhaltenen Anstiegs der Anzahl an Beschäftigten die Notwendigkeit der Durchführung von Teamentwicklungs-Workshops? Womit wird die Notwendigkeit einer Mitarbeiterbefragung begründet?

**Senator Andreas Geisel (SenInnDS)** sagt einen schriftlichen Bericht zu.



**Kapitel 0572 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Personenstands- und Einwohnerwesen –**

**Kapitel 0572; div.**

**Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder –  
Titel 11903 – Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen –**

Nr. 146, CDU-Fraktion

Wie begründet der Senat angesichts der gestiegenen Bevölkerungszahl den eher verhaltenen Ansatz?

Ist bzw. sind die Neuregelung der Spielstättenverordnung und damit ggf. zu erwartende Strafen/Geldbußen etc. etatisiert, und wenn ja, in welchem Umfang, wo und mit welchem Ansatz?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) teilt mit, das Aufkommen von Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern sei nur sehr eingeschränkt planbar, weshalb die Einnahmeerwartung zurückhaltend veranschlagt worden sei.

Für die Spielstättenverordnung seien die bezirklichen Ordnungsämter zuständig.

**Vorsitzender Peter Trapp** stellt klar, der Berichtsantrag sei erledigt.

**Kapitel 0573 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Kraftfahrzeugwesen –**

**MG 32**

**Titel 51168 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT –**

Nr. 147, FDP-Fraktion

Warum wurde der Ansatz für diese „digitalen Bürgerdienste“ – iKfz – erst für 2018 in den Haushaltsentwurf aufgenommen und nicht schon in einem der vorherigen Haushalte? Ist dieser Ansatz dergestalt auskömmlich, dass hiermit die z. T. horrenden Wartezeiten bei der Kfz-Zulassung deutlich verkürzt werden könnten?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0574 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Ausländerangelegenheiten –**

**Kapitel 0574 allgemein – Freiwillige Rückkehrberatung –**

Nr. 148, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welchem Umfang und an welcher Stelle im Einzelplan sind Personal- und Sachkosten für die Durchführung der freiwilligen Rückkehrberatung etatisiert?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) berichtet, die freiwillige Rückkehrberatung erfolge im Rahmen eines Projektes mit der Internationalen Organisation für Migration. 120 000 Euro seien dafür im Kopfkapitel 0500, Titel 68569 – siehe S. 26 des Haushaltsplanentwurfs –, veranschlagt. Der Anteil von Personal- und Sachkosten für die Zuwendung 2018 sei noch zu klären. Der Großteil bestehe aus Personalausgaben.

**Vorsitzender Peter Trapp** erklärt den Berichtsauftrag für erledigt.

**Kapitel 0574**

**Titel 11153 – Gebühren nach Bundesrecht –**

Nr. 149, AfD-Fraktion

Bitte um Erläuterung bzw. Erklärung der Gebühren sowie der Annahme des Anstiegs der Vorsprachezahlen um 15 % jährlich.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 51101 – Geschäftsbedarf –**

Nr. 150, AfD-Fraktion

Bitte um Erläuterung der Erhöhung der Ausgaben im Vergleich zum IST und der Höhe der fehlenden personellen Kapazitäten und der Gründe dafür.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –  
Titel 51185 (neu) – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**

Nr. 151, CDU-Fraktion

Welcher Anteil des Ansatzes entfällt auf die Arbeitsplatzausstattung? Woraus ergibt sich der Mehrbedarf bei gleichzeitig erfolgreicher Stellenkürzung?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Titel 52610 – Gutachten –**

Nr. 152, AfD-Fraktion

Bitte um Erläuterung der Kalkulation pro Ausreisepflichtigen.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Tabellennr. 004876 – Geregelter Aufenthalt –**

Nr. 153, AfD-Fraktion

Kostenträger und Kostenstellenberechnung bitte vorlegen.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Tabellennr. 004878 – Unrechtmäßiger Aufenthalt –**

Nr. 154, AfD-Fraktion

Kostenträger und Kostenstellenberechnung bitte vorlegen.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Kapitel 0575 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Entschädigungsleistungen –**

**Titel 52610 – Gutachten –**

**Titel 54038 – Dienstleistungen von Kreditinstituten –**

**Titel 63610 – Ersatz von Ausgaben an Sozialversicherungsträger –**

**Titel 68103 – Entschädigungsleistungen für Empfänger/innen im Inland –**

**Titel 68112 – Heilverfahren und Hausgeld für berechtigt im Inland –**

Nr. 155, CDU-Fraktion

Womit begründet sich die fehlende Anpassung an das IST aus 2016?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Einzelplan 12 – Stadtentwicklung und Wohnen –**

**Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen – Hochbau – MG 05 –**

**Titel 33102 – Zuweisungen des Bundes für Investitionen –**

ohne Nr., CDU-Fraktion

Bitte um Erläuterung des Titelwegfalls

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) teilt mit, der Bund habe sich im Vorjahr mit Mitteln des Programms „Förderung des Baus von Sportstätten für den Spitzensport“ in Höhe

von 3,45 Millionen Euro an den Gesamtkosten der Maßnahme Sportforum Berlin – Dachsanierung und Standsicherheit Trainingshallenkomplex; vgl. auch die Erläuterungen zur Maßnahmengruppe 05 in Titel 71400 – beteiligt. Demzufolge seien Zuweisungen des Bundes in entsprechender Höhe erwartet worden. Die letzte Ratenzahlung in Höhe von 315 000 Euro sei 2017 erfolgt. Deshalb seien für den Doppelhaushalt 2018/2019 keine Einnahmen zu erwarten.

**Vorsitzender Peter Trapp** stellt klar, der Ausschuss erwarte die schriftlichen Berichte zu den jeweils angegebenen Titeln bis Montag, dem 2. Oktober 2017. Diese Titel seien zur zweiten Lesung im Innenausschuss am 16. Oktober 2017 vertagt.

### Punkt 3 der Tagesordnung

#### **Besondere Vorkommnisse**

##### 1. Lollapalooza-Fest

**Benedikt Lux** (GRÜNE) bittet um eine Darstellung der Vorkommnisse im Rahmen des Lollapalooza-Festes am 9. September.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) meint, konkrete Aussagen könne er nicht machen, weil das Festival in diesem Jahr in Brandenburg stattgefunden habe und die dortigen Sicherheitsbehörden zuständig gewesen seien. Aber es zeige sich, dass Veranstaltungen dieser Größenordnung eine funktionierende Infrastruktur vor allen Dingen im Hinblick auf den öffentlichen Personennahverkehr benötigten. Standorte im Inneren der Stadt mit besserer Verkehrsanbindung seien geeigneter für solche Konzerte. Im Laufe des Tages erwarte er noch eine Presseerklärung der Veranstalter des Lollapalooza-Festivals für den Standort der nächsten Jahre.

Er habe am Morgen im „Tagesspiegel“ gelesen, dass Berlin angeblich ein Organisationsproblem im Zusammenhang mit dem Lollapalooza-Festival habe. Das sei insofern bemerkenswert, als das diesjährige Lollapalooza-Festival in Brandenburg stattgefunden habe. Und wenn man bedenke, wie viele Großveranstaltungen Berlin schon bewältigt habe, werde deutlich, dass Berlin keinerlei Organisationsproblem habe. In dem Zusammenhang spreche er seinem besonderen Dank in Richtung der Sicherheits- und der Rettungskräfte aus, die hervorragend aufgestellt seien und solche Großveranstaltungen bewältigen könnten. Im Hinblick auf die Zukunft sei er optimistisch.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) erinnert daran, dass das Lollapalooza-Festival schon zweimal ohne Probleme in Berlin stattgefunden habe. Auch am nicht optimalen Standort Treptower Park habe es keine Probleme wie in Hoppegarten gegeben. Berlin habe auch das Lollapalooza-Festival in Brandenburg unterstützt, etwa damit, dass die BVG verstärkt U-Bahnen eingesetzt habe. Dass der Veranstalter des Festivals seinen Benutzern die Shuttlebusse nicht erreichbar gemacht habe, liege nicht in der Verantwortung des Landes Berlin.

**Kurt Wansner** (CDU) erkundigt sich, ob die Information zutreffe, dass der Veranstalter des Lollapalooza-Festivals nicht bereit gewesen sei, die Kosten für Sonderzüge der BVG zu tragen

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) weist darauf hin, dass der Bahnhof Hoppegarten von der Berliner S-Bahn betrieben und angefahren werde. Nach seiner Information sei die S-Bahn nicht in der Lage gewesen, mehr Züge zur Verfügung zu stellen. Die BVG habe auf der Strecke Elsterwerdaer Platz – Hönow mehr Züge eingesetzt. Der Veranstalter sei für die Unterstützung durch Shuttlebusse zuständig gewesen.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) erklärt, er sei soeben darüber informiert worden, dass der Veranstalter bereits eine Pressemitteilung herausgegeben habe. Dann sei auch er jetzt in der Lage mitzuteilen, dass die Olympiapark GmbH mit dem Veranstalter des Lollapalooza-Festivals einen dreijährigen Optionsvertrag für das Maifeld abgeschlossen habe. Es sei geplant, das Maifeld, das ehemalige Reiterstadion und Umfeldflächen vom Olympia-Stadion zu nutzen. Die Innenverwaltung gehe davon aus, dass dieser Standort eine relativ geringe Lärmbelastung mit sich bringe. Die öffentliche Anbindung sei zudem hervorragend.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenInnDS) meint, in diesem Jahr habe das Lollapalooza-Festival noch nicht auf dem Olympiapark-Gelände stattgefunden, weil die Termine für die bereits festgelegten anderen Veranstaltungen nicht mehr so schnell hätten geändert werden können. Er danke den anderen Veranstaltern dafür, dass sie durch Terminverschiebungen ermöglicht hätten, dass das Festival ab dem nächsten Jahr dort stattfinden könne.

## 2. Mutmaßliche Verstöße des LKA Berlin bei Ermittlungen in der Medizinwirtschaft

**Benedikt Lux** (GRÜNE) bezieht sich auf einen Bericht vom 10. September 2017 auf der Website der „Süddeutschen Zeitung“, demzufolge das LKA-Betrugsdezernat im Rahmen von Ermittlungen in einem Medizindelikt gegen Dienstanweisungen und datenschutzrechtliche Bestimmungen verstoßen haben solle. Das Ganze erinnere an Verfehlungen im Fall Anis Amri, jedoch gehe es hier um Ermittlungen wegen eines mutmaßlichen Millionenbetrugs in der Medizinwirtschaft.

Laut Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ seien manche Aussageprotokolle erst Tage später erstellt und in POLIKS eingetragen worden, und vertrauliche persönliche Gesundheitsdaten der anzeigenden Personen seien in den für alle Verfahrensbeteiligten einsehbaren Ermittlungsbericht aufgenommen worden. Er wünsche, dass den Vorwürfen nachgegangen werde.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) erklärt, er widerspreche der Darstellung in der „Süddeutschen Zeitung“. Dieser Fall sei in den Sommermonaten mehrfach im LKA und in der Innenverwaltung behandelt und mit der beschwerdeführenden Person besprochen worden. Aufgrund des Schutzes der Persönlichkeitsrechte der beschwerdeführenden Person sehe er sich nicht in der Lage, Einzelheiten bekanntzugeben, jedoch gehe er davon aus, dass die Angelegenheit geklärt sei. Wenn das nicht der Fall sei, müsse die beschwerdeführende Person eine Klage einreichen. Er sei aber guter Dinge, dass die Position der Innenverwaltung korrekt sei.

**Marcel Luthe** (FDP) meint, wenn bei einem Umgang mit Akten gegen Regeln verstoßen werde, sei keine Klage notwendig, sondern in diesem Fall werde von Amts wegen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. – Könne Herr Senator Geisel wenigstens ausschließen, dass in der

Innenverwaltung oder bei der Polizei die Regeln des Datenschutzes in dem geschilderten Zusammenhang missachtet worden seien?

**Karsten Woldeit** (AfD) merkt an, in der Vergangenheit habe er schon häufig die Erfahrung machen müssen, dass im Rahmen von Skandalchen oder vermeintlichen Versäumnissen der Berliner Polizei immer sofort eine Aufgeregtheit in der Stadt herrsche und Presseberichte schnell – Stichwort: „Partypolizisten“ – zu einer Vorverurteilung führten. In diesem Zusammenhang empfehle er Folgendes: Herr Senator Geisel habe ausgeführt, dass er sich nicht äußern könne, aber viele Mitglieder des Innenausschusses seien auch Mitglieder des Untersuchungsausschusses und könnten dort am 22. September, wenn der Koordinator der Taskforce „Lupe“ vernommen werde, konkrete Fragen zu den Versäumnissen des LKA stellen.

Zweitens: Am 20. September findet eine POLIKS-Schulung statt. Er weise darauf hin, dass es im Fall Anis Amri im Hinblick auf den Aktenmanipulationsvermerk zwei ganz unterschiedliche Sichtweisen geben könne. Er empfehle auch in dem in Rede stehenden Fall den Mitgliedern des Untersuchungs- oder des Innenausschusses, unaufgeregt zu sein und sich über die Abläufe innerhalb des LKA und im Zusammenhang mit POLIKS zu informieren. Danach könne eine nüchterne Bewertung getroffen werden.

**Niklas Schrader** (LINKE) stellt klar, unter dem Tagesordnungspunkt „Besondere Vorkommnisse“ richteten die Fraktionen Fragen an den Senat, und der Senat gebe darauf eine Antwort. Kommentare anderer Fraktionen zu diesen Fragen stünden nicht auf der Tagesordnung.

**Polizeipräsident Klaus Kandt** teilt zu dem von Herrn Abg. Lux beschriebenen Fall mit, ihm seien sowohl der Sachverhalt und Auszüge aus der Aktenlage als auch die Anfrage der „Süddeutschen Zeitung“ bekannt. Der Fall habe – abseits des Normalen – seine Besonderheiten.

Gesundheitsdaten seien normalerweise geschützt. Wenn sie jedoch Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens seien, müsse man mit ihnen arbeiten können. Insofern erkenne er hier keinen Verstoß gegen das Datenschutzgesetz. Die mutmaßlich geschädigte Person habe eine ganz eigene Sicht auf die Dinge, die die „Süddeutsche Zeitung“ ungefiltert übernommen habe.

Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes könne er keine Details aus dem Ermittlungsverfahren darstellen, jedoch erkenne er keine Regelverstöße. Dieses sei auch der „Süddeutschen Zeitung“ mitgeteilt worden, die jedoch keinen Bezug darauf genommen habe.

**Marcel Luthe** (FDP) vergewissert sich noch einmal, ob es zutreffend sei, dass Herr Polizeipräsident Kandt sich persönlich mit den Vorgängen befasst habe.

**Polizeipräsident Klaus Kandt** antwortet, er habe sich aufgrund einer Beschwerde damit befasst. Zwar habe er nicht den ganzen Vorgang durchgelesen, aber die entsprechenden Stellungnahmen dazu. Anlässlich der Anfrage der „Süddeutschen Zeitung“ sei ihm der Fall noch einmal vorgelegt worden.

### 3. Antifa-Namenslisten bei Rechtsextremisten gefunden

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) berichtet, vor 14 Tagen habe in Mecklenburg-Vorpommern eine Durchsuchung des BKA im Hinblick auf politisch motivierte Kriminalität

Rechts stattgefunden. Dabei sei eine Liste mit mehreren tausend Namen von vermeintlichen Mitgliedern der Antifa-Bewegung gefunden worden. Diese Liste sei den Landeskriminalämtern am 8. September übermittelt worden. Über 90 Prozent der dort genannten Namen hätten einen regionalen Bezug zu Mecklenburg-Vorpommern, zwei Namen hätten einen Berlin-Bezug. Es handele sich jedoch nicht um Personen des öffentlichen Lebens, sondern um Privatpersonen. Das LKA Berlin sei im Augenblick dabei, die beiden Betroffenen zu informieren und ihnen ein Sicherheitsgespräch anzubieten.

Diese Liste sei nicht neu; 2016 sei sie schon einmal im Internet veröffentlicht worden. Damals sei bereits mit einer der beiden Personen mit Berlin-Bezug ein Sicherheitsgespräch geführt worden.

**Der Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt „Besondere Vorkommnisse“ ab.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.

\*\*\*\*\*